



Karl-Heinz-Mrosek

Auf ein Wort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

seit dem Erscheinen der letzten GEW-Zeitung gab es einmal zwei gewerkschaftliche Höhepunkte zu verzeichnen.

Da war zunächst der Tarifkampf der erfolgreich abgeschlossen werden konnte, bei dem der Stadtverband für Gelsenkirchen und Umgebung vier Streiktage organisiert hatte. Nun gilt es aus diesen Erfahrungen zu lernen, denn die nächste Tarifausschließung kommt gewiss. Bereits im September 2009 geht es um Verhandlungen über den Eingruppierungstarifvertrag. Hier gilt es nun zu mobilisieren und auch vor Ort einen Angestelltenausschuss zu installieren. Näheres dazu finden Sie im Innenteil dieser Zeitung.

Das zweite gewerkschaftliche Highlight war der Gewerkschaftstag unserer Bundesorganisation vom 25. bis 29. April in Nürnberg. Ich habe an diesem Gewerkschaftstag als Delegierter des Bezirkes Münster teilgenommen und ich sehe nach den Beschlüssen, die dort gefasst wurden Handlungsbedarf beim Thema „**Bertelsmannstiftung**“. Dieses Thema war während des Gewerkschaftstages immer wieder aufgeflackert. Es hatte dazu auch eine ausführliche Antragsberatung gegeben (s. auch Kasten Seite 3). Deutlich wurde auf dem Gewerkschaftstag, dass eine Vielzahl von Kollegen und dazu zähle ich mich selbst auch Informationsdefizite über die Geschäfte und Geschäftsziele hatten. Aus diesem Grunde wollen wir in dieser Zeitung die Thematik etwas aufarbeiten. Ich bin sicher, dass Sie diese Lektüre fesseln wird, und dass Sie selbst weitere Recherchen vornehmen werden. Empfehlenswert ist folgender Link: www.bertelsmannkritik.de.

Karl-Heinz Mrosek

Wie der Bertelsmann-Konzern sein „Netzwerk der Macht“ errichtet



Bertelsmann in New York: Ob Hartz IV, Privatisierungen oder europäische Armee - der globale Mediengigant macht handfest Politik - im eigenen Interesse.
Foto: www.typemuseum.at

Gütersloh (LiZ). Der größte und einflussreichste Politikberater im Land, die Bertelsmann-Stiftung, ist jetzt als „gemeinnützig“ anerkannt worden. Das ist, folgt man den Ausführungen des jüngst im BdWi-Verlag Marburg erschienenen Buches „Netzwerk der Macht – Bertelsmann“ alles andere als ein unbedeutendes Detail. Denn während es etwa in den USA untersagt ist, dass steuerbegünstigte Stiftungen mehr als 20 Prozent der Anteile eines Unternehmens halten, hält die Bertelsmann-Stiftung ganze 76 Prozent der Anteile der milliardenschweren Bertelsmann AG, eines der bedeutendsten Medien- und Dienstleistungsriesen der Welt. Hierdurch spart sie nicht nur - ganz im Sinne ihres Stifters Reinhard Mohn - einen Großteil der für den Bertelsmann-Jahresumsatz von rund 18 Milliarden Euro eigentlich fälligen Steuern ein. Nein, hinter der Fassade des sich ergebnisoffenen gebenden Gutmenschentums ist ihr Wirken und Handeln deutlich nachvollziehbar von den Interessen des Konzerns geleitet, also bestimmt „politisch“ – und das darf Politikberatung per se niemals sein.

Das uneingeschränkte Stimmrecht in Sachen des Konzerns liegt dabei nicht etwa bei der Stiftung, sondern einzig bei den Mitgliedern der Familie Mohn, die auch in dieser selbst wiederum tonangebend sind.

Einzigartiger Machtapparat

Dank der ihr jährlich zur Verfügung stehenden Mittel von etwa 60 Millionen Euro unterscheidet sich die Bertelsmann-Stiftung maßgeblich von anderen „Beratern“ im Geschäft, denn: Sie finanziert sich nicht mittels Beraterhonorar, sondern hat

eigenes Geld. Mit diesem arbeitet sie operativ und finanziert nicht etwa Drittprojekte, in denen sie nicht den Ton angeben könnte, sondern ausschließlich die eigene Organisations-, Forschungs- und Beratungsstruktur. Das sichert Schlagkraft und Autonomie. Neben diesen Eigenschaften verfügt sie überdies über einen sehr hohen Grad an wissenschaftlichem Potential sowie vielfältigsten Kontakten hin zu Medien, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik.

Dank dieser Alleinstellungsmerkmale des geballten Macht-Finanz-Konglomerats gehen StiftungsmitarbeiterInnen inzwischen in allen Landesregierungen ein und aus und kooperieren mit Kultusministerien, Kanzleramt und Bundespräsident ebenso wie mit Kommunalverwaltungen. Längst sind Stiftung-Experten politisch allgegenwärtig und kaum mehr weg-zudenken. Sei es bei neuen Hochschulgesetzen, der EU-Verfassung, Hartz-Gesetzgebung oder Außenpolitik, bei geplanten Schulreformen, der Privatisierung von Gesundheitssystem und Kommunalverwaltungen oder auch der Etablierung einer europäischen Armee.

GEW und die Bertelsmann-Stiftung Position des Gewerkschaftstages in Nürnberg am 28.04.2009

Die GEW wird über Kontaktpflege und Positionsaustausch hinaus nicht mehr mit der Bertelsmann-Stiftung zusammenarbeiten. Die Delegierten des Gewerkschaftstages machten in einer Abstimmung am Dienstagabend deutlich, dass die Ziele der Bertelsmann-Stiftung nicht mit denen der GEW vereinbar sind.

Die bildungspolitischen Leitlinien der GEW sind von den Grundprinzipien Staatlichkeit, Steuerfinanzierung und Demokratie geprägt. Diesen stehen die Bertelsmann-Prinzipien Wettbewerb, Markt, Effizienz und Effektivität diametral gegenüber.

Die Bertelsmann-Stiftung arbeitet mit der Strategie, über breite Bündnisse ihr Handeln zu legitimieren. Die GEW will nicht Teil dieser Strategie sein und lehnt eine passive und aktive Mitarbeit ab. Mit ihrem Beschluss betont die GEW ihre Unabhängigkeit in bildungspolitischen Fragen und verzichtet auf eine über Kontaktpflege und Positionsaustausch hinausgehende Zusammenarbeit mit der Bertelsmann-Stiftung.

Des Weiteren setzt sich die GEW für eine kritische Prüfung der Gemeinnützigkeit von Unternehmensstiftungen ein.

Mehr und mehr gelingt es der Stiftung dabei, selbst zu definieren, was „Gemeinwohl“ eigentlich meint. Zudem nimmt sie immer mehr die Rolle der dem Staat aufgrund fehlender Steuereinnahmen immerzu weiter abhanden kommender eigener politischer Intelligenz ein, wodurch sie sich unabdingbar macht und bereits weit in die Kernbereiche staatlicher Souveränität vorgedrungen ist. Die Stiftung wird so mehr und mehr selbst zum „Staatsapparat“ – ohne dabei jedoch demokratisch verfasst oder kontrolliert zu sein.

Eine Debatte findet nicht statt

Inzwischen hat die Stiftung in der gesamten Republik ein riesiges Politiknetzwerk aufgebaut, mit dem sie Einfluss auf politische Entscheidungen nimmt, lange bevor diese im Parlament verabschiedet werden. Mittels dieses Netzwerkes wird im vorparlamentarischen Raum eine Art "Elitenkonsens" hergestellt, der kritische Stimmen bereits im Voraus eliminiert. So wird sichergestellt, dass es große öffentliche Debatten über viele Reformvorhaben gar nicht erst gibt.

So demokratisch und gutmenschlich die Stiftung dabei auch immer tut, stets arbeitet sie „top-down“: Kein Stiftungsprojekt findet statt, das nicht von vornherein der Prämisse „wirtschaftsfreundliches Ergebnis“ unterliegt. Stets ist die Stiftung darum bemüht, die geförderten Projekte und Vorstellungen für Zwecke zu instrumentalisieren, die „ihrem“ Konzern dienlich sind. Eine „Revolution von oben“ mag man dies nennen. Gutmenschlich oder basisdemokratisch hingegen ist ein solches Vorgehen sicher nicht.

Privatisierung der Kommunen

In den Kommunen etwa hat sich die Stiftung längst zwischen Verwaltung und Bürger gedrängt: Auf kommunalen Kongressen lockt sie Stadtdirektoren, Kämmerer und Oberbürgermeister mit einer ganzen Palette von Reformvorschlägen an – und legitimiert ihr Wirken dabei fast ausschließlich über ihren Status als vermeintlich gemeinnütziger Akteur. Als dieser rät sie den öffentlichen Kommunen dann zur Teilprivatisierung ihrer Aufgaben, woraufhin schließlich die hochprofitable Dienstleistungstochter der Bertelsmann AG, Arvato, diese übernimmt. Ein äußerst lukratives Geschäft.

Bleibt zu hoffen, dass diese Farce bald ein Ende findet – und Gesellschaft wie Politik diese Stiftung als das begreifen, was sie einzig ist: Nicht etwa „Lösungsgeber“, sondern Teil des Problems. Denn würden Mohns nicht immer reicher, hätte die Gesellschaft kaum ein Problem.

Der Autor ist Studienstipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Mitherausgeber des eben zum Preis von 15,- Euro im BdWi-Verlag Marburg erschienenen Buches „Netzwerk der Macht – Bertelsmann. Der medial-politische Komplex aus Gütersloh“ (ISBN 978-3-939864-02-8). Das Buch ist in jeder Buchhandlung erhältlich oder direkt beim Bund der demokratischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi).

Fakten

Die Bertelsmann-Stiftung wurde 1977 von Firmendatriarch Reinhard Mohn gegründet. Er hoffte, mit der Errichtung einer gemeinnützigen Stiftung „dauerhaft zu verhindern, dass Erbschaftssteuern und Erbstreitigkeiten zum Verkauf von Teilen des Konzerns führen“. Laut Handelsblatt ist sie die einflussreichste Stiftung der BRD. Als solche hält sie gegenwärtig 76 Prozent der Anteile der Bertelsmann AG, einem der größten Medienimperien weltweit.

Diesem Imperium gehören sechs Unternehmensbereiche an:

RTL – die Fernsehsparte,
Random House – der Verlagsbereich,
Gruner + Jahr – das Zeitschriften- und
Druckereiimperium,
BMG – die Musik- und Unterhaltungssparte,
Arvato – das Technik- und
Dienstleistungsunternehmen sowie die
DirectGroup – der Buchclub.

Für das Konglomerat arbeiten schätzungsweise 90.000 Mitarbeiter, die für Bertelsmann jährlich etwa 18 Milliarden Euro Umsatz erwirtschaften. Aus dem Gewinn von mehr als einer Milliarde Euro speist sich steuerfrei eine jährliche Dividendenzahlung der Aktiengesellschaft an die „gemeinnützige“ Stiftung in Höhe von rund 60 Millionen Euro. Mit diesem Geld finanziert die Stiftung etwa 300 Mitarbeiter und jährlich dutzende von Projekten, deren Charakteristik es ist, technokratische Kontrollverfahren aus der neoliberalen Asservatenkammer der Betriebswirtschaftslehre gesellschaftlich zu installieren.

Nicht zu Unrecht wird diesbezüglich von einer Verklärung betriebswirtschaftlicher Methoden zum gesellschaftspolitischen Leitbild gesprochen, die zwangsläufig eine ideologische Schlagseite erzeugt: Die Gesellschaft soll wie ein Unternehmen geführt, der Staat mehr und mehr abgebaut werden.

Nicht fehlen dürfen bei den Stiftungsratschlägen auch solche zur Senkung der Unternehmens-

besteuerung, die sich auf die Gewerbesteuer und den Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer auswirken.

"Ohne Bertelsmann geht nichts mehr" (Auszug)

Ein Gespräch mit Frank Böckelmann über die stille Macht des Medienkonzerns und die Privatisierung der Politik

In ihrem Buch über die Bertelsmann AG und die Bertelsmann Stiftung stellen Hersch Fischler und Frank Böckelmann die Geschichte und Geschäftspraktiken des mächtigen deutschen Medienkonzerns dar (siehe dazu: "Apparat der Selbstverklärung" (1)). Herausgearbeitet aber wird auch, welchen einzigartigen Einfluss Bertelsmann besonders auf die deutsche Politik und Gesellschaft hat. Die beiden Autoren schreiben: "Der Stiftung gelang es, der Agenda 2010 des Reformkanzlers ihren Stempel aufzudrücken. Bezeichnenderweise ist es nahezu unbekannt, dass die Stiftung die Hochschul-, Gesundheits-, Wirtschafts-, und Arbeitsmarktpolitik seit dem Antritt der Regierung Schröder entscheidend bestimmt hat. An die breite Öffentlichkeit tritt die Stiftung nämlich meist nur mit publikumswirksamen Aktionen wie Preisverleihungen, Foren oder Empfängen." (...)

Was ist denn das Besondere an Bertelsmann und der Stiftung?

Frank Böckelmann:

Der Konzern hat, vor allem dank der Tätigkeit der Bertelsmann Stiftung, einen guten Leumund in der Öffentlichkeit. Das geht bis hart an die Grenze der Unangreifbarkeit. Die bloße Aufzählung der Teilnehmer in den Foren der Stiftung – Staatspräsidenten, Regierungschefs, Minister und EU-Kommissare - imponiert und verschafft der Marke Bertelsmann Reputation. Vor wenigen Tagen fand in Berlin eine Konferenz unter dem Titel "Beyond Cold Peace" über den Wiederaufbau in Krisengebieten statt, im Beisein von Außenminister Joschka Fischer und dem Sonderberater des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Lakdhar Brahimi. Die Bertelsmann Stiftung hat sie gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt organisiert.

Die Firma Bertelsmann hat sich immer unter das Dach eines höheren Auftrags gestellt. Im 19. Jahrhundert und bis Ende der zwanziger Jahre hat sie als theologischer Verlag Gottes Werk verrichtet. Später hat sie für sich reklamiert, dem deutschen Volk "das Buch" zu bringen.

Bertelsmann wurde bekannt und groß mit dem Vertrieb von Kriegererlebnisbüchern und Feldausgaben für die Wehrmacht. In den fünfziger Jahren folgte der Lesering, natürlich im Dienste der Volksbildung. Und heute wird der Leistungsbeitrag für die Gesellschaft erbracht. Das bringt neben dem politischen Flankenschutz auch große Wettbewerbsvorteile. Bei Bertelsmann durchdringen sich Provinzialität und Globalität ununterscheidbar.

Krake Bertelsmann: Auch bei ver.di und der Hans-Böckler-Stiftung hat er seine Fangarme

Vom 5. - 6. Juni 2007 findet das 5. Potsdamer Forum für Führungskräfte im öffentlichen Dienst unter dem Motto „Der öffentliche Dienst - besser als sein Ruf! – Leistungsfähigkeit für Menschen und Demokratie“ statt.

Veranstalter ist ver.di und die Hans-Böckler-Stiftung gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung. Wohl passend zu Reinhard Mohns Mission hält Dr. Johannes Meier, Vorstand der Bertelsmann Stiftung sein Referat „Der öffentliche Dienst und die Zivilgesellschaft“. Den Workshop „Erfahrungen mit der Einführung von Leistungsbezahlung“ moderiert Oliver Haubner, ebenfalls Bertelsmann Stiftung. Last, but not least: Hinsichtlich der Übernahme der Verwaltungen durch Bertelsmann-Tochter „arvato“ in der britischen Kommune East Riding dürfte wohl kaum überraschen, dass der „Bertelsmann“ Dr. Andreas Osner, den Workshop „Privatisierung öffentlicher Dienste – nützlich oder schädlich?“

Patentrezept zur Reform von Politik, Verwaltung und Gesellschaft

Wie ist denn diese Motivation, politisch durch eine solche Stiftung wirken zu wollen, bei Bertelsmann entstanden? Verdankt sich das bestimmten Personen oder gehört das bereits zur Geschichte des Konzerns? (...)

Lässt sich denn eine bestimmte politische und kulturelle Zielrichtung der Stiftung ausmachen?

Frank Böckelmann:

Durchaus. Reinhard Mohn und seine Helfer glauben, sie hätten mit ihrer "Führungsphilosophie" das Patentrezept zur Reform von Politik, Verwaltung und Gesellschaft. Offiziell heißt es, der Konzern erbringe mit der Finanzierung der Stiftung einen "Leistungsbeitrag für die Gesellschaft". Das ist die

Standardaussage. Die Stiftung führt Projekte in den Bereichen Bildungs- und Hochschulpolitik, Sozialpolitik, Gesundheits- und Familienpolitik, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik durch und ist mit ihren Experten in allen maßgeblichen Gremien auf deutscher und europäischer Ebene präsent. Ohne Bertelsmann oder gar gegen Bertelsmann geht hier nichts mehr. Man kann dennoch nicht sagen, dass Deutschland von Bertelsmann regiert wird. Schon deswegen nicht, weil es ja die Politiker sind, die zu Bertelsmann kommen. Bertelsmann hat es gar nicht nötig, die deutsche und europäische Politik zu infiltrieren. (...)

Die politische Klasse meidet es immer häufiger, sich zu polarisieren, und stimmt sich in Elite-Netzwerken erst einmal über das Mögliche und Durchsetzbare ab, bevor das Ringen um öffentliche Zustimmung beginnt. Der Bevölkerung soll ja die Logik der globalen Ökonomie beigebracht werden, aber zu dieser selbstlosen Lernleistung ist sie nur bis zu einem bestimmten Grad imstande. Die Schritte der Anpassung an die globale Wettbewerbslogik werden immer unpopulärer, sind kaum noch zu "vermitteln". Die Parteien haben enorme Selbstdarstellungsprobleme. Und in dieser Lage bewähren sich solche Einrichtungen wie die Bertelsmann Stiftung. In ihrer Entscheidungsnot suchen die Politiker Zuflucht bei Foren und Experten, die dem politischen Streit scheinbar enthoben sind. (...)

Bertelsmann eignet sich hervorragend als ehrbarer Kontakthof für solche Vorabsprachen. Was die Politiker dabei aber gern übersehen, ist, dass der Kontakthof seine eigene Reformpolitik betreibt. Die Bertelsmann Stiftung verfolgt ganz im Sinne von Reinhard Mohn das ehrgeizige Ziel, Staat und Gesellschaft zu perfektionieren, und zwar nach Grundsätzen der Effektivitätssteigerung, die sich angeblich in den Bertelsmann-Stammbetrieben bewährt haben. Mohn hat sich schon in den achtziger Jahren darüber beklagt, dass Politik und Verwaltung unfähig zu wirtschaftlichem Denken seien. Er möchte allen Ernstes die Unterschiede zwischen Wirtschaft und Politik eibebnen. Und er spricht sämtlichen Politikern die Fähigkeit zur energischen Rationalisierung und Kosteneinsparung ab.

Eine solche Gleichsetzung von Politik und Wirtschaft wäre wohl ja auch letztlich eine Entdemokratisierung. Wenn man einen Staat wie ein Unternehmen führen will, dürften demokratische Prozesse eher nebensächlich oder störend sei. (...)

Frank Böckelmann:

Mohn ist der Auffassung, dass das sozialpolitische Monopol des Staates aufgelöst werden muss. Wo

die sozialen Netze sind beziehungsweise gewesen sind, soll Wettbewerb einkehren. Rationalisierungsmaßnahmen sollen Kosten senken. Der öffentliche Dienst soll dem Wettbewerb der Anbieter und Sachbearbeiter geöffnet werden. Und dann werden die Ergebnisse in den Medien veröffentlicht, vorzugsweise in den Bertelsmann-Medien. Stichwort: Transparenz.

Das neueste Beispiel ist das internationale Standort-Ranking der Bertelsmann Stiftung vom Oktober 2004. Deutschland landete auf dem letzten Platz. Gemessen wurde nach schlichten Kriterien wie Arbeitslosigkeit und Wirtschaftswachstum. Gegen eine solch simple Aufrechnung erhob sich viel Widerspruch. Sie ist typisch für die radikal neoliberale Wirtschaftspolitik von Bertelsmann. Der Standort Deutschland wird schlecht geredet, um den Reformdruck zu erhöhen. Das Genfer Weltwirtschaftsforum etwa kam zu ganz anderen Ergebnissen. In dessen letzter Vergleichsstudie landete Deutschland auf einem guten Mittelplatz, weil auch andere Faktoren berücksichtigt wurden, zum Beispiel der Ausbildungsgrad der Mitarbeiter oder die internationale Wettbewerbsfähigkeit einzelner Firmen. (...)

Die Macht der Bertelsmann-Stiftung resultiert aus den Möglichkeiten, Beziehungen zwischen wichtigen gesellschaftlichen Akteuren herzustellen und öffentliche Aufmerksamkeit auf diese Personen zu lenken?(...)

Natürlich ist allgemein bekannt, dass hinter der Stiftung ein Medienkonzern steht. Die Nähe der Stiftung zur Bertelsmann AG sei allen bewusst, sagt die Stiftung. Kein Politiker macht ausdrücklich Propaganda für den Konzern. Die Unterstützung erfolgt indirekt und subtil. In Berlin und Brüssel legt man Bertelsmann keine großen Steine in den Weg, räumt sie vielmehr diskret beiseite. Manchmal muckt die Fusionskontrolle auf, das ist alles.(...)

Frank Böckelmann:

Richtig. Das Schlimmste, was geschehen könnte, wäre, dass wir künftig von Unternehmen wie Bertelsmann regiert werden. Auch und insbesondere unter diesem Aspekt haben Hersch Fischler und ich das Buch geschrieben. Die Reformkonzepte von Gütersloh sind standardisiert, häufig sach-fremd und in politischer Hinsicht geradezu dilettantisch. Und sie haben sich - im Gegensatz zu dem, was Reinhard und Liz Mohn behaupten - in der Unternehmenspraxis gerade nicht bewährt. (...)

Die Unsichtbarkeit des Allgegenwärtigen

Wegen der Kritik an Bertelsmanns Einfluss auf die Politik in Eurem Buch wurdet ihr auch schon als Verschwörungstheoretiker geißelt.

Frank Böckelmann:

Der Kennzeichnung "verschwörungstheoretisch" für unser Buch stammt originär aus Gütersloh. Journalisten, die diesen Ausdruck verwendeten, gaben sich somit unabsichtlich als Insider zu erkennen. Aber wenn man weiß, dass jeder Bundesbürger über 14 Jahre durchschnittlich pro Tag eine Stunde mit der Nutzung von Bertelsmann-Produkten verbringt, und wenn man erfährt, dass in allen bedeutsamen sozial-, bildungs- und sicherheitspolitischen Gremien Europas die Gutachter der Bertelsmann-Stiftung sitzen und die meisten einschlägigen Entscheidungen ihre Handschrift erkennen lassen, gelangt man zu dem Schluss, dass Bertelsmann eine deutsche und europäische Großmacht ist.

Die Bertelsmann-Stiftung ist in den erwähnten Bereichen nahezu allgegenwärtig. Sie operiert als eine Art selbstverständlicher gesellschaftlicher Infrastruktur - und eben daher völlig unauffällig, so wie man den Wald vor lauter Bäumen nicht sieht. Hersch Fischler und ich haben die Entwicklungen und Strategien mit Kälte, aus der Distanz heraus, analysiert. Daher ist das Buch auch keine Polemik geworden. Wer sich als Journalist oder Politiker in der ganz normalen "Bertelswelt" eingerichtet hat, findet zwei Leute, die behaupten, eine kritische Unternehmensgeschichte von Bertelsmann geschrieben zu haben, wahrscheinlich hochstaplerisch und anmaßend. Was wollen denn Böckelmann und Fischler? Wollen sie dem Giganten ans Bein pinkeln, um sich aufzuspielen? Ich kann diese Reaktion nachempfinden.

Journalisten, Politiker und Medienwissenschaftler sehen jeweils nur einen kleinen Ausschnitt der "Bertelswelt". Sie sind Spezialisten für RTL oder die Jahresbilanzen des Konzerns oder bestimmte Forschungsbereiche. Und viele von ihnen unterhalten auf die eine oder andere Weise langjährige Arbeitskontakte mit Gütersloh. Aber Böckelmann und Fischler sind in die weitgreifende Kommunikation von Bertelsmann nicht eingebunden - übrigens die Voraussetzung für einen Gesamtüberblick. Bertelsmann ist eine selbstfinanzierte und selbst legitimierte Institution, die eine glänzende Fassade der Gemeinnützigkeit errichtet hat. Diese Fassade blendet die äußerst fragwürdigen Geschäftsmethoden vieler Bertelsmann-Firmen erfolgreich aus.

Florian Rötzer 2004

Karola Stötzel
Antragsberatung Bertelsmann
GEW Gewerkschaftstag
28.04.09

„Die Kombination aus Gemeinwohlzuschreibung, gemeinnütziger Rechtsform und partikularem Stifterinteresse gibt Stiftungen eine Schnittmengenposition. Hierin liegt ihre Stärke. Indem Stiftungen öffentlich auftreten, Gesprächsrunden organisieren, bestimmte Projekte fördern, haben sie eine kommunikative Funktion inne, die sie in die Lage versetzt, bestimmte Themen in der Öffentlichkeit zu platzieren und die öffentliche Diskussion so zu bestimmen – zu normieren. Bertelsmann ist der weltweit größte Medienkonzern. Wir klagen oft uns über den Gleichklang – die Normierung der veröffentlichten Meinung, deshalb sollten wir diesen Aspekt nicht außer Acht lassen.



Karola Stötzel, Stellv. Vorsitzende des
GEW-Landesverbandes-Hessen

Stiftungen sind in verschiedener Weise mit ihrer Programmatik in der Öffentlichkeit vertreten, beziehen Stellung zu aktuellen Problemen, definieren diese und bieten Lösungen an. Eine ihrer zentralen Funktionen ist es, unterschiedliche Akteure des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens zusammenzubringen und auf diese Weise einflussreiche Netzwerke zu schaffen. Dadurch werden Stiftungen zu Gelenkstellen unterschiedlicher Institutionen und Akteure. Stiftungen bzw. ihre Mitarbeiter gehören zu den ‚neuen Eliten‘, deren zentrale Funktion die Übersetzung bzw. Vermittlung unterschiedlicher Interessen ist.

Sie stellen sich so interessante Fragen wie: Wie lässt sich die Langsamkeit des Politischen in die Schnelligkeit des Ökonomischen übersetzen und umgekehrt. Wie lassen sich wissenschaftliche Ergebnisse ohne großen Substanzverlust medienwirksam darstellen? Wie kann eine wissenschaftliche Einsicht politisch umgesetzt werden, ohne der Illusion zu unterliegen, man könne politische Probleme wissenschaftlich lösen? Wie also sind

die unterschiedlichen Logiken der Gesellschaft aufeinander zu beziehen, dass trotz aller Skepsis Steuerungskompetenz möglich wird?

Gerade im Fall von Unternehmensstiftungen ist hervorzuheben, dass sie ihre sozioökonomischen Vorsprünge in politische und kulturelle Macht zu transformieren vermögen und dies in vielfältiger Weise auch tun.

Mit staatlichen Akteuren gehen Stiftungen in vielfältiger Weise ‚Arbeitsbündnisse‘ ein. Gemeinsame Verantwortung in gemeinsamen Projekten heißt geteilte Verantwortung. Stiftungen bekommen so auf der einen Seite eine entlastende Funktion und auf der anderen Seite können sie in Kooperation mit politischen Akteuren in Feldern tätig werden, die ihnen bislang vorenthalten bzw. dem Staat vorbehalten waren.

(So funktioniert das zum Beispiel auch bei SEIS: die Schulen müssen gar nichts weiter für die Evaluation tun – außer die Fragebogen ausfüllen und weiterleiten: die Auswertung übernimmt Bertelsmann. Bertelsmann hat damit aber auch die Hoheit über die Ergebnisse und ihre Interpretation.)

Diese Form der ‚weichen Deregulierung‘ im Sinne eines lokal begrenzten, flexiblen Zusammenspiels in Kooperationsprojekten, beinhaltet den Rückzug des Staates. Stiftungen werden so zunehmend als Alternative zu staatlichen Einrichtungen gesehen. (Kommunen, Gesundheitswesen)

Warum aber tun Stiftungen das?

Welches partikulare Interesse hat der hier in Rede stehende Stifter Reinhard Mohn an der Bertelsmann Stiftung?

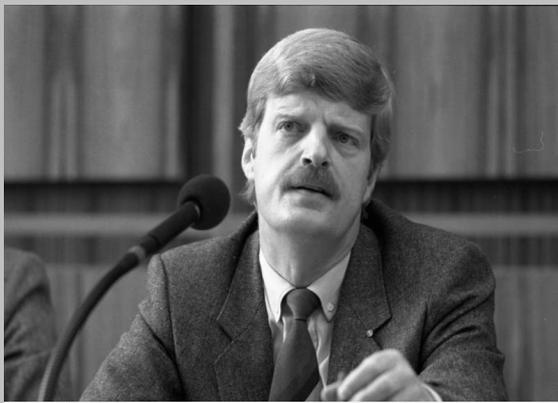
Mohn legt seine Sichtweise in seinem Buch ‚Die gesellschaftliche Verantwortung des Unternehmers‘ dar.

Seine Basisannahme ist es, dass die Stabilitätsprämissen der Kultur heute nicht mehr existent sind. ‚Zusammenarbeit, aber auch Wettbewerb sind Charakteristika unserer Zeitepoche.‘ Der in Gang befindliche Lernprozess (!) zur Ausprägung einer globalen Ordnung (!) vollziehe sich unter dramatischen Spannungen.

Es sei daher zu prüfen, welche Instanzen geeignet seien, die Fortschreibung unserer Ordnungssysteme zu gewährleisten und ihre Evaluation (!) sei angebracht. Mit Ordnung ist die herrschende marktwirtschaftliche Ordnung – der freie Markt als oberstes Prinzip allen Handelns gemeint. (...)

Die im Umstellungsprozess entstehenden Härten entstünden aus der Unfähigkeit der Menschen sich schnell genug auf diesen Umstellungsprozess einzustellen und Antworten auf sich ändernde Prämissen zu finden.

Es mangle an Leistungsorientierung und Innovationsfähigkeit. Ebenso an Führungsleistung.



Manfred Lahnstein 1983 auf einer Pressekonferenz
Bundesarchiv, B145 Bild-F04991-0014
Foto: Reinck, 02.02.1983

Manfred Lahnstein (*20. Dezember 1937 in Erkrath) ist ein deutscher Politiker (SPD) und Manager. Er war 1982 Bundesminister der Finanzen und Bundesminister für Wirtschaft.

Nach dem Abitur 1957 absolvierte Lahnstein ein Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, welches er 1961 als Diplom-Volkswirt beendete. Von 1962 bis 1964 begann er seine Karriere als Referent für Arbeitnehmerbildung beim DGB-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen.

1965 wechselte er nach Belgien als Deutscher Vertreter beim Europäischen Gewerkschaftssekretariat als Sekretär beim Europäischen Gewerkschaftsbund in Brüssel. Von 1967 bis 1973 war er als Kabinettschef bei der EG-Kommission tätig. 1973 erfolgte die Rückkehr nach Deutschland als Abteilungsleiter Wirtschaft in Bonn und Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt. 1974 bis 1977 die Leitung der Abteilung Grundsatzfragen im Bundesministerium der Finanzen. 1980 übernahm er die Leitung des Bundeskanzleramtes, 1982 die Leitung des Bundesministeriums der Finanzen.

Von 1983 bis 1994 war Lahnstein Mitglied des Vorstandes und von 1994 bis 1998 Mitglied des Aufsichtsrates der Bertelsmann AG in Gütersloh. Seit 1994 leitet er die Unternehmensberatung Lahnstein & Partner, International Consultants. Seit 1986 lehrt er als Professor für Kultur- und Medienmanagement an der Hochschule für Musik und Theater Hamburg.

aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie

des gesellschaftlichen Lebens müsse unter dem Titel ‚Verstärkung der Führungs- Problemlösungskompetenz‘ erfolgen und solle wie folgt gestaltet werden:

Ziele und Leistungen messbar gestalten
Wettbewerb und Leistungsorientierung einführen – mit spürbaren Sanktionen.
Dezentralisieren und Verantwortung delegieren –

(dies entspricht dem Subsidiaritätsprinzip, welches mit Selbsthilfe und Eigenverantwortung zu übersetzen ist – das kennt ihr aus den Schulen.)

Freiheit gewähren zum Denken und Handeln und Erproben (permanentes Erproben und Experimentieren kennt ihr auch aus den Schulen)

Angela Merkel sagte zu Mohns Buch: ‚Das Werk eines souveränen Verfechters der Marktordnung. Bei Bertelsmann sei es gelungen das gesellschaftliche System in hervorragender Weise auf ein Unternehmenssystem herunter zu brechen und es dann so zu führen die Gemeinschaft geführt werden muss.‘

Da es hier um das Lernen geht – Mohn beschreibt ‚Lernen‘ wie folgt:

‚Sie können dieses Prinzip des Wettbewerbs ohne weiteres in allen anderen Lebensbereichen unserer Welt durchsetzen. (...) Sie können alle Dinge vergleichen und dazu haben wir die Möglichkeit heute, wunderbar und das geht furchtbar schnell (...) wir können schneller lernen (...) das Tempo der Entwicklung wird sich noch erheblich erhöhen. Wir können lernen durch Vergleich, wir können lernen durch Wettbewerb.‘

Daher rühren die Vergleiche, die Evaluation(en), die Wettbewerbe, die Schulpreise.“

Nachzutragen bleibt, dass die diesem Beitrag zu Grunde liegende Analyse „Private Akteure im Bildungsbereich – Eine Fallstudie zum schulpolitischen Einfluss der Bertelsmann Stiftung am Beispiel von SEIS (Selbstevaluation in Schulen) von Prof. Thomas Höhne und Bruno Schreck für die Max-Träger-Stiftung der GEW erstellt und im Juventa- Verlag 2009 erschienen ist.

Karola Stötzel

Die notwendige Systemfortschreibung beziehungsweise Systementwicklung, die in allen Bereichen



Den Lehrern geht die „Testeritis“ auf die Nerven

GEW stellt Kooperation mit Bertelsmann ein - Demmer fordert Hilfen für Schulen

Auf dem fünftägigen Gewerkschaftstag der GEW in Nürnberg hat ein Thema zu erregten Debatten geführt: Darf der Staat im Bildungsbereich Stiftungen wie der von Bertelsmann so viel Raum geben? Unüberhörbar war auch der Zorn der Lehrer über die Vielzahl von Vergleichstests. Wir sprachen darüber mit Marianne Demmer, die im GEW-Vorstand den Bereich Schule leitet.

Frau Demmer, die GEW hat beschlossen, dass es in Zukunft keine „über Kontaktpflege und Positionsaustausch hinausgehende Zusammenarbeit“ mehr mit der Bertelsmann-Stiftung geben darf. Warum ist diese Kooperation so problematisch?

Demmer: In der GEW herrscht die ganz große Befürchtung, dass Stiftungen, die Verbindungen zu einem Geschäftsteil haben, ihre Ziele nicht offen legen, dass sie heimlich andere Ziele verfolgen: die Privatversicherung des Bildungsbereichs, um ihn für den Kapitalmarkt zu erschließen. Diese Sorge steckt dahinter. Bei Bertelsmann gibt es die spezielle Problematik, dass die Stiftung eine ganze Reihe von inhaltlichen Problemen vertritt, die der GEW-Position sehr nahe kommen. Auf der anderen Seite, gerade was Studiengebühren angeht, gibt es völlig konträre Haltungen.

Es gibt von Bertelsmann Software zur Selbst-evaluation in Schulen (SEIS). Die Kritik aus den Reihen der GEW ist, dass die Daten bei Bertelsmann verbleiben und dass damit auch Politik betrieben werden kann.

Demmer: Das hat sich als nicht richtig herausgestellt. Die Stiftung hat SEIS komplett an ein Bundesländer-Konsortium übergeben. Wer die Daten bekommt, muss jetzt zwischen den Schulen und dem neu gegründeten Konsortium vereinbart werden. Nach meiner Kenntnis sollen die Schulen Herren der Daten bleiben.

Es gab eine weitere emotionsgeladene Debatte zum Thema Evaluation und Schulinspektion. Es wurde über „Testeritis“ geklagt und darüber, dass die Schulen selbst von den vielen Vergleichsstudien gar nichts hätte

Demmer: Das ist in den Bundesländern sehr unterschiedlich. Es gibt Bundesländer, in denen nur

noch getestet wird. Anschließend werden dann vielleicht noch die 30 besten Schulen ins Internet gestellt. In Nordrhein-Westfalen etwa ist das so. Den seriösen Versuch, die Ergebnisse dann auch produktiv umzusetzen, können die Schulen gar nicht unternehmen, weil sie gar keine Unterstützung haben.



Marianne Demmer

Konkret heißt das?

Demmer: Wenn eine Schule beispielsweise feststellt, dass sie bei der Integrationsförderung ein Defizit hat oder eine unheimlich hohe Sitzbleiberquote, dann weiß sie das zwar. Aber sie hat nicht die Mittel für eine wirkliche Ursachenforschung. Selbst wenn man sich einig ist, woran es liegt, fehlen die Mittel, um konsequent daran arbeiten zu können. Deshalb entsteht an den Schulen das Gefühl: Wir kriegen da etwas aufgedrückt, was uns viel Zeit kostet, was aber nicht wirklich zu einer Verbesserung der Situation beiträgt.

Sie haben also nicht den Eindruck, dass die Politik das Thema Bildung wirklich auf Platz eins gesetzt hat, wie wir immer wieder hören?

Demmer: Bei Sonntagsreden auf jeden Fall. Es war für mich interessant, dass die Politiker, die auf dem Gewerkschaftstag gesprochen haben (Steinmeier, Pieper, Künast, Lafontaine, die Red.), so langsam mit unseren Zielen übereinstimmen. Früher wurden wir immer als Illusionisten abgetan. Aber es fehlt nicht nur am Geld. Es muss auch eine Leidenschaft da sein, dass sie wirklich ihre besten Leute an das Thema setzen. Das Ziel ist klar, aber die Schulen brauchen Hilfe, um es erreichen zu können.

Interview: Georg Escher, 30.04.2009

Druck:	Firma Blömeke SRS GmbH Resser Straße 59, 44653 Herne
Auflage:	4.000 Exemplare

Buchbesprechung



Agenda Bertelsmann
Werner Biermann, Arno Klönne



Ein Konzern stiftet Politik

Papy Rossa Verlag, Köln 2007
ISBN-10 3894383720
ISBN-13 9783894383725
Paperback, 140 Seiten,
11,90 EUR, Klappentext

Ob Privatisierung öffentlicher Dienste oder Einführung von Studiengebühren, ob Hartz IV und Sozialkürzungen oder globale Militärinterventionen und Vorgaben zur Aufrüstung: Die gesellschaftspolitische Agenda der Bundesrepublik wird von der Bertelsmann-Stiftung entworfen. Diese 'gemeinnützige' und steuerbegünstigte 'Reformwerkstatt', die zugleich das größte Aktienpaket am Bertelsmann-Konzern als dem weltweit viertgrößten Medienunternehmen hält, stellt die erfolgreichste Public-Private-Partnership dar - nicht nur auf Firmenprofit, sondern auch auf gesellschaftliche Steuerung ausgerichtet. Werner Biermann und Arno Klönne beschreiben, wie die Bertelsmann-Stiftung Lösungen für Probleme findet, die sie selbst definiert, und wie sie bei deren Umsetzung geschäftstüchtig tätig wird - vom Kindergarten bis zur Hochschule, von der Kommune bis zur Geopolitik. Sie analysieren den ökonomisch-politischen Hintergrund der Bertelsmann-Konzepte und deren Zielhorizont: Gesellschaft, geführt wie ein Unternehmen, postdemokratisch.

Rezensionsnotiz zu Süddeutsche Zeitung, 10.12.2007

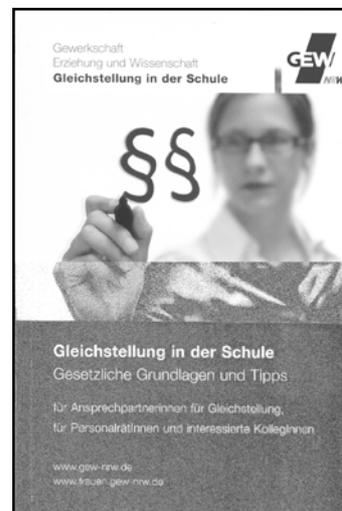
Godehard Weyerer hat neuere Bücher über den Bertelsmann-Konzern gelesen, die sich in ihrer Einschätzung der Verlagsgruppe als neoliberaler Stimmungsmacher einig sind. In klaren Worten streichen Werner Biermann und Arno Klönne in ihrem Buch "Agenda Bertelsmann" die ihrer Ansicht nach unmissverständliche Stoßrichtung der Bemühungen Bertelsmannscher Publikationsorgane und nicht zuletzt ihrer 1977 ins Leben gerufenen Stiftung heraus, die darauf abzielen, einen Wertewandel in Deutschland weg von der Sozialen Marktwirtschaft und der Chancengleichheit hin zu vor allem auf ökonomische Grundlagen basierende Politik zu unterstützen, fasst Weyerer zusammen. In vielen Bereichen, wie der Bildungs- und der Außenpolitik sehen die Autoren bei Bertelsmann ein gnadenloses "Kosten-Nutzen-Denken" am Werk, das sie in ihrem Buch an den Pranger stellen, stellt der Rezensent interessiert fest.

Buchbesprechung



Gleichstellung in der Schule Gesetzliche Grundlagen und Tipps

Die Einführung der „Eigenverantwortlichen Schule“ im Schulgesetz von NRW und die Übertragung von dienstvorgesetzten Aufgaben auf die Schulleiterin oder den Schulleiter stellt nicht nur die Lehrerräte sondern auch die Ansprechpartnerinnen für Gleichstellungsfragen in den Schulen vor neue Aufgaben und Herausforderungen. Aus diesem Grund hat der GEW-Landesverband die unten dargestellte Broschüre überarbeitet und aktualisiert. Sie soll für die Ansprechpartnerinnen die rechtlichen Grundlagen für ihre Arbeit darlegen, sie soll ihnen aber auch praxisorientierte Hilfen geben bei der Durchsetzung der neuen Aufgaben.



Bereits im Frühjahr hat der GEW-Stadtverband alle Ansprechpartnerinnen in Gelsenkirchen angeschrieben und ihnen Hilfe und Unterstützung bei ihrer Arbeit angeboten. Ca. 35 Kolleginnen hatten geantwortet und deutlich gemacht, dass sie

die Zusammenarbeit mit der GEW wünschten. Diese Kolleginnen haben bereits die unten abgedruckte Broschüre erhalten. Sollte es noch Ansprechpartnerinnen geben, die sich noch nicht bei uns gemeldet haben, sollten sie dieses möglichst zügig nachholen. Wir werden ihnen dann auch diese Broschüre zusenden.

Mrosek



Feuilleton ☺ Feuilleton ☺ Feuilleton

Mütter

Tatsache ist: wir werden immer weniger und die, wo noch da sind, werden immer älter. Das ist diese demoskopische Entwicklung. Und dadran sind eben die Mütter in Schuld, also nicht jetzt die, wo gar keine haben, sondern die, welche mit Kinder.... Zum Beispiel im Café. Wenne da sitzt und wills gerade anfangen zu frühstücken.

Da kommen die auch meist nicht alleine hin und auch nicht nur für sich, sozusagen solo, sondern quasi gleich als mehrere, zumindest aber als zwei Stück. Mit Wagen. Und Kinder drin. Die fallen über das Café quasi her wie dieser Hunnenkaiser Attika mit seinen Reiterhorden über die Römer. Und in der Horde sind alle Sorten vertreten, also von solchen, wo die Cellulitis durch eine quietschfarbene Leggings am finalen Hervorquellen gehindert wird bis hin zu solchen, wo die Budikke bei einem Einkauf einen Umsatz macht wie C und A in der ganzen Weihnachtszeit.

Und diese zwei Stück Mütter mit zwei Wagen und wo dann Kinder drin sind....also an den Tisch gehen normal mindestens sechs Erwachsene.

Die besetzen sozusagen eine Fläche, wo der Wirt gesagt hat: also, sechs Erwachsene können da...aber ganz bequem.

Und dann packen die aus: Babyflasche... Popocreme... Ersatzflasche... Lätzchen... Windeln... Plätzchen... Ball... Decke... Bärchen... Rassel... Sabbertuch. Da ist der Tisch voll...und der Nachbartisch...wo auch bequem sechs Erwachsene...und die Fensterbank. Die machen aus den zwei Tischen und der Fensterbank so ne Art Landschaftspark für Babyartikel. Und du denkst: wie passt das alles in son...und dann denkst: das ist kein Kinderwagen, das ist ein Tieflader, der sieht nur aus wie ein Kinderwagen. Und gleich packt die noch das Bett aus und die Wickelkommode.

Aber dann packen die erst mal das Kind aus. Also die Kinder.

Und die Gespräche an den anderen Tischen...also, da kehrt jetzt Ruhe ein, so ne Art Gespanntheit, so wie wenn die Atmung bei allen anderen aussetzt. Und auch das Kauen der Frühstückszutaten wird eingestellt.

Weil die alle wissen, was jetzt auf sie zukommt...nämlich... das Grauen. Und das Grauen sieht aus wie zwei Kinder, die schon Vorformen des aufrechten Gangs...so dass die alles erreichen können. Z.B. mit dem Finger deinen Frühstücksquark oder die Marmelade. Oder die Wurst.

Die hängt dann einem Kind im Gesicht, obwohl sie eigentlich nichts als Gesichtswurst gedacht war, sondern als Salami. Und die Mutti sagt: Kevin, gib dem Onkel aber die Wurst wieder, der will die doch noch essen!

Und das andere Kind macht sich dann mit deinem Messer als Holzschnitzer am Tisch zu schaffen. (Mutti kommentiert: Maribelle, pass aber auf, dass du dich nicht schneidest). Und das Wurst-Kind hebt die inzwischen vom Gesicht auf den Boden gefallene Salamischeibe auf und legt die auf die Milchhaube von deinem Kaffee. Und das findet die Mutter nicht etwa peinlich, sondern die findet das gut. Das ihr Kind als Holzschnitzer so begabt ist oder als Kaffeedekorateur. Und weil das gut ist für seine Kindersprüche, wenn sich das Kind entfalten kann. Und wehe, dein Gesicht legt sich jetzt auch nur andeutungsweise in Falten, weil du den Kaffee ja extra ohne Wurst bestellt hattest - dann verwandelt sich deine Mutter auch schon mal in so ne Art menschliches Torpedo und du siehst ihr förmlich an, wie sich - so ganz langsam - so von ganz tief Innen eine Verfärbung entwickelt - dagegen ist die Röte von der Salami schon fast ein Weiß, und du siehst wie ihr Mund das Wort KINDERHASSER formen und dir auf die Salamischeibe in deinem Kaffee spucken will. Doch dazu kommt es nicht: weil das Kind nämlich inzwischen AA gemacht hat. Und das macht die Mutter glücklich. Und dann packt die ihre Kackmaschine auf den Tisch und begutachtet das Darmprodukt. Und dabei kriegt die dann so ne Art Glanz im Gesicht, so wie bei Drogen in Trance. Oder bei so Darstellungen der Mutter Gottes mit dem Jesuskind.

Und spätestens jetzt bist du froh, dass du noch gar nicht angefangen hast mit dem Frühstück, zahlst, gehst nach draußen an die frische Luft und denkst: Gut, dass das immer weniger werden und dass es bald nur noch Alte gibt. Die sabbern zwar auch und machen in die Windeln. Aber die gehen auch nicht mehr ins Café, wenn du gerade frühstücken willst.

Bernd Matzkowski

Feuilleton ☺ Feuilleton ☺ Feuilleton

Der Erlkönig anno 2009

Wer surft so spät durch Nacht und Netze?
Es ist der User in wilder Hetze!
Er hält sein Windows fest im Arm,
und auch dem Modem ist schon warm.

"Mein Windows, was birgst du so bang dein Gesicht?"
Siehst, User, du das Virus nicht?

Den Trojanerkönig mit Macro und Wurm? -
"Mein Windows - es ist nur ein Datensturm."

"Betriebssystem, komm geh mit mir!
Gar schöne Spiele spiel ich mit dir;
Manch' bunte WebSites sind an dem Strand,
und auf den Servern gibt's viel Tand."

Mein User, mein User, und hörst du nicht,
was der Virus mir leise verspricht? -
"Sei ruhig, bleibe ruhig, mein Kind;
es piepst nur das Modem, das wieder mal spinnt."

"Willst feines Windows, du mit mir gehn?
Mein Macro soll dich kitzeln schön,
meine Routinen werden die Bytes dir recht
schütteln,
und löschen und deine Dateien gut rütteln!"

Mein User, mein User, und siehst du nicht dort
Trojaners EXE am düsteren Ort? -
"Mein Windows, mein Windows, ich seh's genau;
es glimmt doch mein alter Schirm nur so grau."

"Ich liebe dich, mich reizt deine DLL;
und willst du gleich booten dann lösche ich dich
schnell."

Mein User, mein User, die Platte läuft an!
Trojaner hat mir ein Leid angetan!

Dem Surfer graust's, er klickt geschwind,
und in der Leitung das Bit gerinnt;
er kappt die Verbindung mit Müh' und Not,
jedoch zu spät - der Bildschirm bleibt tot.

Netzfund

Arbeitszimmer -Werbungskosten

Vorlage an das Bundesverfassungsgericht
und Vorläufigkeitsvermerk - 0.025 MB –
Objektnummer 234756. Jetzt hält auch das
Finanzgericht Münster die ab dem Jahr 2007
geltende Regelung wegen eines Verstoßes
gegen den allgemeinen Gleichheitsgrundsatz
zumindest teilweise für verfassungswidrig.
Es hat das Verfahren mit Beschluss vom 08.
Mai 2009 (1 K 2872/08 E) ausgesetzt und die
Frage der Verfassungswidrigkeit der bean-
standeten Neuregelung dem Bundesver-
fassungsgericht vorgelegt

GEW mit neuer Führung Die Doppelspitze

Die Lehrer-Gewerkschaft GEW mit 1000 Mitglie-
dern in Gelsenkirchen hat eine neue Führungs-
riege: Der Vorsitzende Alfons Kunze zog sich zu-
rück, ihm folgen als Doppelspitze Lothar Jacksteit
und Karl-Heinz Mrosek.

20 Jahre lang führte Kunze die Geschicke der
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
(GEW), nun ist Schluss: Der 57-Jährige, längst in
Frühpension und nach München verzogen, reichte
das Zepter auf der Jahreshauptversammlung wie-
ter. Der GEW und Gelsenkirchen will er aber treu
bleiben: Eine Woche pro Monat, berichtet Kunze,
sei er regelmäßig vor Ort; auch, um sein Projekt
„Masterplan Bildung“ – hier engagiert er sich für
eine bessere Frühförderung von Kindern in sozi-
alen Brennpunkten des Ruhrgebiets – mit einer Ar-
beitsgruppe weiter voranzutreiben.

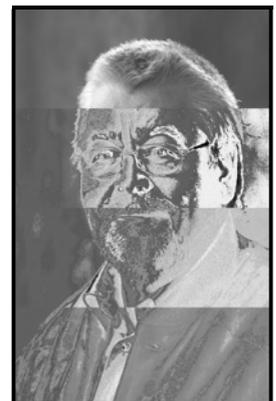
In seiner Amtszeit, resümiert der ehemalige Lehrer
der Grundschule Fersenbruch, habe sich die GEW
gerade auch für eine Verbesserung der Arbeitsbe-
dingungen der Lehrer stark gemacht. Unvergessen
sei dabei ein Streik von verbeamteten Lehrern im
Sommer 1997. Nicht gelungen sei es dagegen, für
die Kinder „allerbeste Bedingungen für eine gute
Bildung“ zu schaffen. An guten Konzepten, so
Kunze, fehle es in Gelsenkirchen nicht, aber leider
an Geld.

Als Dank für seine Arbeit ernannte ihn die GEW
zum Ehrenvorsitzenden. Für Kunze rücken nun
seine bisherigen Stellvertreter Mrosek und Jack-
steit in die erste Reihe. Mit Doppelspitzen, begrün-
det Mrosek, habe die GEW in anderen Städten gute
Erfahrungen gemacht; darauf wolle man aufbauen.
Wichtiges Thema für das neue Führungsduo: die
Erarbeitung des Schulentwicklungsplans für die
Sekundarstufe I: „Hier wollen wir uns einbringen.“

WAZ Gelsenkirchen, 12.02.2009, Michael Muscheid



Lothar Jacksteit

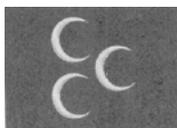


Karl-Heinz Mrosek

„Keine Hinweise“

Polizei sieht keine verfassungsfeindlichen Einstellungen beim türkischen Kulturverein, in dessen Räumlichkeiten der Präventionsrat Neustadt tagte. Verein bekennt sich offen zu den Zielen der MHP/Grauen Wölfe

Hohe Wellen hat im Dezember der Präventionsrat Neustadt geschlagen, weil dieser in den Räumen eines türkischen Kulturvereins getagt hat, der eine Nähe zu den vom Staatsschutz als extremistisch eingestuften Partei MHP (Graue Wölfe) hat (wir berichteten). Die Aufregung war unbegründet, meint nun die Polizei und sieht keine Hinweise auf verfassungsfeindliche Einstellungen in dem Verein. Dieser bekennt sich aber sehr wohl zu Zielen der MHP – auch im Gespräch mit der WAZ.



Die drei Halbmonde – das Zeichen der MHP/Grauen Wölfe

Wie berichtet, hatte es schon im Vorfeld der Präventionsratssitzung entsprechende Hinweise gegeben. Der Bezirkspolizist aus der Neustadt stellte daraufhin eine Anfrage an den polizeilichen Staatsschutz in Gelsenkirchen. Dessen Antwort: Eine Verbindung zwischen Verein und Grauen Wölfen sei nicht bekannt. Daraufhin folgte der Präventionsrat Neustadt der Einladung des türkischen Vereins und tagte in dessen Räumlichkeiten an der Bokermühlstraße. Beim Betreten des Vereinssaals erkannten (wenige) Präventionsratsmitglieder sofort die Nähe zu der türkischen Partei – durch eine auf die Wand gemalte große Fahne mit drei Halbmonden (Zeichen der MHP/Grauen Wölfe) und Bilder vom MHP-Gründer Alparslan Türkes. In der Sitzung ging es zunächst um andere Themen, bis sich eine türkische Frau gegen Ende zur MHP bekannte und über die Großveranstaltungen der Kurden auf der Trabrennbahn klagte.

„Vielleicht waren wir etwas naiv“, räumte Olivera Kuhl, Caritas-Mitarbeiterin und federführend für die Organisation im Präventionsrat Neustadt, nach der Sitzung gegenüber der WAZ ein. Jetzt, zwei Monate später, steht sie zu dem Treffen und würde es unter Berufung auf die Polizei jederzeit wieder bei dem Kulturverein durchführen.

Bereits Mitte Januar hatte nämlich die Polizei einigen Mitgliedern des Präventionsrates Neustadt in interner Runde signalisiert, dass es keine Bedenken gebe. Das ist auch der Tenor eines Briefes von Polizeipräsident Rüdiger von Schoenfeldt (der

auch Vorsitzender des Präventionsrats der Gesamtstadt ist), den Bezirksbürgermeisterin Hensel gestern in der Bezirksvertretung Süd verlas. Es habe wegen der nicht vorliegenden Hinweise nichts dagegen gesprochen, an der Bokermühlstraße zu tagen, so von Schoenfeldt. Der Kulturverein sei vereinsrechtlich und staatsschutzrechtlich nicht in Erscheinung getreten.

Direkt nach der Sitzung im Dezember hatte die Polizei dagegen der WAZ signalisiert, dass man wohl besser nicht dort hätte tagen sollen. Und: dass man ein Auge auf den Verein haben werde. Die Frage, ob der Staatsschutz inzwischen den sich jedem Besucher (und auch der WAZ) öffnenden Kulturverein aufgesucht hat (sie hat es nach Aussage des Vereins nicht), wollte die Polizei nicht beantworten. „Der Staatsschutz ist ein sensibler Bereich, den wir nicht in der Öffentlichkeit ausbreiten werden“, so Polizeisprecher Konrad Kornds.

Der 1975 gegründete türkische Kulturverein versteht die Aufregung nicht. „Wir bemühen uns seit Jahren um Integration“, sagt Vorsitzender Mehmet Ali zur WAZ. Formal habe der 30 Mitglieder („darunter auch Kurden“) zählende Verein mit der MHP nichts zu tun. Aber: „Wir stehen mit ganzen Herzen hinter dieser Partei und dem Ziel einer starken Partei.“ Er könne nicht verstehen, warum der Verfassungsschutz die MHP als extremistisch einschätzt.

WAZ vom 18. Februar 2009

Gericht: Muslimische Mädchen müssen am Schwimmunterricht teilnehmen



Münster/Gelsenkirchen (ddp-nrw).

Muslimische Mädchen im Grundschulalter müssen am Schwimmunterricht mit Jungen teilnehmen. Sie haben grundsätzlich keinen Anspruch auf Freistellung vom Schwimmunterricht, wie das Oberverwaltungsgericht (OVG) am Mittwoch in Münster in einem Eilverfahren entschied. Damit bestätigten die Richter einen Beschluss des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen.

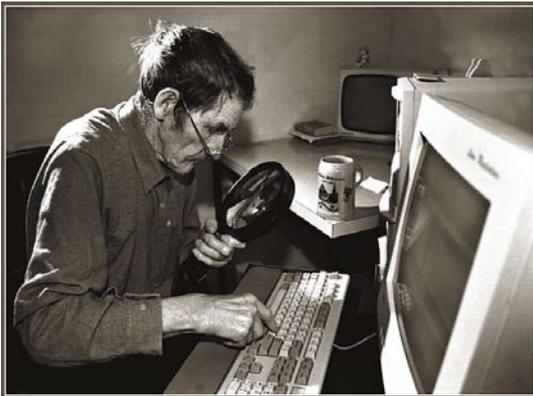
Die Eltern des Mädchens, das die Grundschule in Gelsenkirchen besucht, hatten beim Schulamt vergeblich die Befreiung ihrer Tochter vom Schwimmunterricht beantragt. Sie erklärten, sie befürworteten eine strenge Auslegung des Korans. Diese gebiete ihnen, Kinder schon ab dem 7. Lebensjahr vor sexuellen Versuchungen zu bewahren. Auch das Verwaltungsgericht lehnte die Befreiung ab, weil die Tochter sich durch entsprechende Schwimmbekleidung vor den Blicken anderer schützen könne. Dagegen wandten die Eltern ein, der Schwimmanzug sauge sich mit Wasser voll und behindere ihre Tochter beim Schwimmen. Außerdem stelle er eine zusätzliche Gefahr für Leib und Leben dar.

Das OVG wies diese Einwände zurück. Es sei inzwischen nichts Ungewöhnliches mehr, dass muslimische Frauen und Mädchen beim Schwimmen einen so genannten Burkini trügen. Das gelte sowohl in islamisch geprägten Ländern als auch in Deutschland. Auch im Schwimmunterricht in der Grundschule sei den Mädchen das Tragen einer derartigen Schwimmbekleidung grundsätzlich zumutbar.

Der Beschluss ist unanfechtbar.

DDP-Meldung vom 20.05.2009 (Az.: 19 B 1362/08)

Demnächst bei Beamten nichts Außergewöhnliches mehr



**Wir gratulieren unserem lieben Kollegen
zum 60. Dienstjubiläum und wünschen
alles Gute für die Zukunft**

Inhalt:

	Seite
Auf ein Wort	2
Wie der Bertelsmann-Konzern sein „Netzwerk der Macht“ errichtet	2
GEW und die Bertelsmann-Stiftung	3
„Ohne Bertelsmann geht nichts mehr“	4
Krake Bertelsmann: Auch bei ver.di und der Hans-Böckler-Stiftung hat er seine Fangarme	5
Karola Stötzel Antragsberatung Bertelsmann	7
Manfred Lahnstein	8
Den Lehrern geht die „Testeritis“ auf die Nerven	9
Buchbesprechungen	10
Feuilleton – Mütter – Der Erlkönig anno 2009	11
Arbeitszimmer - Werbungskosten	12
GEW mit neuer Führung	12
„Keine Hinweise“	13
Gericht: Muslimische Mädchen müssen am Schwimmunterricht teilnehmen	13
Demnächst bei Beamten nichts Außergewöhnliches mehr	14
Inhalt	14
Bildungsfinanzierung in einer armen Stadt	14
Kommunales Handeln in Gelsenkirchen	17
Großdemo in Ankara für laizistischen Staat	19
Fortbildung für Lehrerräte	19
Höchstaltersgrenze für die Verbeamtung in NRW	19
DGB gegen Pension mit 67	20
Erkennen und behandeln	20
Neuer Vorstand in Gladbeck	20
Raucher sterben eher an Grippe	20
Schon in der Antike bekannt	21
Ver.di fordert höhere Gehälter per Resolution	21
Ferienkalender 2009/2010	22
Anschrift und Öffnungszeiten der GEW-Geschäftsstelle	22
Recht und Gesetz: Versorgungsfragen	22
Stoffzentrale: Näh dir deine Burka	23
Weltfrauenkonferenz 2011	23
Bildung eines Angestelltenausschusses	24
VBE torpediert Verbeamtungen	24

Bildungsfinanzierung in einer armen Stadt

Rede auf der Veranstaltung „Mehr Bildungsgerechtigkeit für die Kinder in Oberhausen“ am 16. Juni 2009, 19:30 Uhr im Bertha-von-Suttner-Gymnasium

Sehr geehrte Damen und Herren,

Schulleiterinnen und Schulleiter Ihrer Stadt haben mich als Veranstalter gebeten, über einen „blinden Fleck“ nachzudenken:

Wo soll das Geld für ein besseres Bildungssystem herkommen?

Wir erinnern uns an die Frage aus Ihrer Pressemitteilung zu dieser Veranstaltung:

„Warum ist es notwendig, dass für die Region mehr finanzielle Mittel in den Bildungsbereich investiert werden müssen?“

Unsere erste Antwort:

Das Ruhrgebiet hat sich in den 60er-Jahren durch die Flächenblockade für die damals „neuen“ Industrien Optionen, sprich Arbeitsplätze für die Zukunft verbaut. Die Bildungsblockade wird noch weitaus härter zu Buche schlagen.

Nicht nur in Oberhausen, im gesamten Ruhr-gebiet haben Kinder und Jugendliche geringere Bildungschancen als Kinder und Jugendliche in anderen Regionen NRWs. Der Startnachteil unserer Kinder ist mit einem „Weiter so“ nicht mehr aufzuholen. Kinder aus bildungsfernen und sozial schwachen Familien bedürfen einer besonders intensiven Förderung!

Das umzusetzen, reichen in Oberhausen und anderswo kosmetische Arbeiten am pädagogischen Alltag nicht mehr aus.

Es müssen „nachhaltige und strukturelle Veränderungen“ her, um Bildungsbenachteiligung „vor dem Hintergrund des demografischen Wandels“ bekämpfen zu können.

„Weniger Kinder brauchen mehr Bildung“. Schulen und Kindergärten können sich nicht am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen!

Soziokulturelle Ungleichheit zu überwinden klappt nicht mit weiterer Flickschusterei und Mängelverwaltung. Es erfordert eine andere Bildungsfinanzierung und Unterstützung von:

I. Stadt Oberhausen

II. Land und Bund / Kommunalaufsicht

III. Europäischer Union.

Doch schauen wir uns an, was die drei Ebenen buchhalterisch anbieten können, wenn es um mehr Personal, Sachmittel, Raumprogramme, ... geht:

I. Stadt Oberhausen:

Betreff der finanziellen Handlungsmöglichkeiten Ihrer Stadt und des Ruhrgebietes gilt: Einem nackten Mann kann man nicht in die Tasche packen:

Oberhausen hatte im September 2007 Schulden in Höhe von 1.467.385.000 Euro – pro Einwohner 6.740,59 Euro.

Insgesamt hatten die Städte des Ruhrgebietes im September 2007 Schulden in Höhe von 15.361.035. 000 Euro. Hier lebten im September 2008 172.000 Kinder unter 15 von „Hartz IV“,

verwaltungssprachlich: in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften (Oberhausen: 7.457).

Es ist sozialstaatliche Paradoxie oder „Blau-milchkanal“ a' la Ephraim Kishon:

Die meisten bildungsbenachteiligten Kinder leben in „armen“ Städten, die logischerweise das wenigste Geld haben, den Kindern zu helfen. Und was passiert, wenn eine arme Stadt Geld zusammen kratzt, um das mindeste zu tun?

Die Kommunalaufsicht definiert Maßnahmen für Bildung und Jugendhilfe als „freiwillige Leistungen“ – und setzt die Streichung durch. Damit fallen oft wichtige Bausteine der Betreuung von Kindern und Jugendlichen aus. Die eiserne Hand der Düsseldorf-Bezirksregierung gegenüber Oberhausen und Duisburg verschärft die Disparitäten.

Notwendig ist doch die Anerkennung derartiger freiwilliger Leistungen (Deutscher Städtetag) als Pflichtaufgaben!

Was ist zu tun:

Oberhausen allein wird „nichts reißen“. Das Kirchturmdenken im Ruhrgebiet ist Vergangenheit. Aber will das Revier tatsächlich seine Kräfte bündeln? Politisch ist „das Ruhrgebiet“ ohne eine koordinierte Strategie gegenüber der Bundesregierung und der Landesregierung mehr denn je perspektivlos. Die Stadtspitzen haben, betreffs Finanzen, mit einem Memorandum, das ich weiter unten anreißt, einen richtigen ersten Schritt getan.

Was wird getan:

Am 22.06.2009 wird sich das Parlament des Regionalverbandes Ruhr mit einem Masterplan Bildung Ruhrgebiet befassen. Es soll eine Bildungsregion Ruhr geben, innerhalb eines Konzeptes Ruhr - Gemeinsame Strategie der Städte und Kreise zur nachhaltigen Stadt- und Regionalentwicklung in der Metropole Ruhr. Hier soll viel Geld in die Hand genommen werden – insgesamt 6,4 Milliarden Euro.

II. Land und Bund – was tun sie zum Ausgleich von Ungleichheit?

Bei den pro-Kopf-Schülerausgaben nimmt NRW in der Bundesländer-Liga durchweg letzte Plätze in der Tabelle ein. Im Fußball bedeutet die rote Laterne: Abstieg.

Bildung ist DAS Thema in – SONNTAGSRENDEN. Bildung ist „everybodys darling“, so, wie niemand der Aussage widerspricht: „Ich bin tierlieb.“

Erinnern Sie sich: „Bildungsrepublik Deutschland“ – „Qualifizierungsoffensive“ - „Bildungsgipfel“ am 23.10.2008.

Der Alltag: Ohne Moos, Kinder chancenlos“.

Der Bildungsbereich in Deutschland ist krass unterfinanziert

Was ist zu tun:

Es gibt nur eine Antwort: Mehr Geld für die Bildung.

Deutschland gibt nur 4,5 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für öffentliche Bildungsausgaben. Das ist in 2008 bei einem BIP von knapp 2,5 Billionen Euro, 112,5 Milliarden Euro.

Würde Deutschland so viel für Bildung ausgeben wie der OECD – Durchschnitt (5,4 %). wären es 135 Milliarden Euro.

Gemessen an Norwegen und Schweden mit 7 % circa 175 Milliarden Euro.

(Memorandum 2009 Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik/Buch Seite 194)

Ohne die fachlich und bei allen Parteien – auch bei der großen Regierungspartei- unstrittige Summe von mindestens 23 Milliarden Euro läuft nichts für problemlösende Unterstützungsstrukturen:

„Die besondere Sozialstruktur in der Metropole Ruhr schafft in vielen Stadtbezirken die Notwendigkeit für zusätzliche Maßnahmen der Städte in den Bereichen Jugendhilfe und Bildung. (metropole Ruhr GmbH: Wandel als Chance, S. 13)

In ihrer Finanz-Not haben die Stadtspitzen des Ruhrgebietes am 18.12.2008 das Memorandum: Wege aus der Schuldenfalle verfasst.

In der Finanz- und Wirtschaftskrise seien Hilfsmaßnahmen für Städte und Gemeinden dringend erforderlich. Wir lesen:

„Solidarpaktfinanzierung höhlt die Finanzbasis der strukturschwachen Städte immer weiter aus. Sie konnte in der Vergangenheit fast nur durch Kreditaufnahme erfolgen. Strukturförderung darf sich künftig nicht mehr nach der Himmelsrichtung richten. Sie muss sich nach der tatsächlichen Bedarfslage erfolgen.“

Was ist zu tun:

Die in diesem Kreis entwickelte Forderung nach einer „Aufbauhilfe Ruhrgebiet“ ist genau richtig.

III. Fördergelder der Europäischen Union

– da ist was zu holen für Bildung zum Ausgleich von Ungleichheit

Es ist eine überaus komplizierte Materie („Förderdschungel“), die hier nur genannt und angerissen sein soll. In den Fördertöpfen der Europäischen Union stecken Milliarden.

Mit entsprechender Strategie statt des üblichen „Windhundrennens“ könnten die Fördertöpfe genutzt werden für „Förderung arbeitsmarktferner Gruppen“ „Bildung im Stadtteil“, zur „Stabili-

sierung und Aufwertung städtischer Problemgebiete“, zur „Stärkung der Integration“ .

(„Jugend in Arbeit plus“ - ESF Kofinanzierung)

„Soziale Stadt“ weist 61 Programmstadtteile für ganz NRW aus. Die prioritären Bildungsbereiche des Ruhrgebietes sind nur ansatzweise abgedeckt.)

Resümee:

Wir sind unterfinanziert und stecken in der FÖDERALISMUSFALLE, mit Finanztöpfen und Maßnahmen bei Bundes- und Landesministerien, der Europäischen Union.

Was ist zu tun:

Mehr Geld für Bildung (Bruttoinlandsprodukt, staatliche Haushalte)

Und:

Es bedarf eines abgestimmten Bildungs-, Finanzierungs- und Sozialstaatskonzepts. Bildungsgerechtigkeit gibt es nur durch die gemeinsame Verantwortung von Kommunen, Ländern und Bund.

Was steht dem Ruhrgebiet ins Haus, wenn es beim Status quo der Bildungsblockade bleibt:

„Schafft es diese Region nicht, die Masse von armen Kindern zu unterstützen, wird sie niemals ihr Ziel erreichen, sich ökonomisch, wissenschaftlich, gesellschaftlich und auch kulturell mit anderen Ballungsräumen vergleichen zu können“ (Birgitta Stauber-Klein WAZ)

Was ist zu tun:

Das Ruhrgebiet muss zur Modellregion für frühe Förderung als präventive Arbeits- und Sozialpolitik werden! Frühförderung ist das effektivste Mittel Bildungsgerechtigkeit zu erreichen.

Prävention und Frühförderung sind teuer – aber billig gegenüber der volkswirtschaftlichen Schadensbilanz des deutschen Bildungssystems.

Frühförderung ist das größtmögliche staatliche Sparprogramm.

Es gibt genügend Material über die Folgekosten einer schlechten Ausbildung der Kinder und Jugendlichen:

- 28,5 Milliarden Euro Wertschöpfungsverlust im Zeitraum Juli 2007 bis Juli 2008 (Institut der deutschen Wirtschaft Köln)
- 3,3 Milliarden Euro Kosten des Scheiterns an und in Schule für unter 25-jährige bei der Bundesanstalt für Arbeit – nur in 2005

Als Zukunftsinvestition werden dagegen mit Bildung Renditen von 7 bis 13 % erwirtschaftet.

Nicht nur Oberhausen, Städte und Gemeinden sind aufgrund der „föderalen Finanzierungsverflechtungsfalle“ (Prof. Sell) nicht in der Lage, den Elementarbereich entsprechend des demografischen und volkswirtschaftlichen Problemdrucks auszustatten. Die Kommunen können den Paradigmenwechsel von der teuren Intervention zur Prävention nicht leisten.

Prof. Sell brachte es auf den Punkt:

„Finanzströme zwischen Bund, Ländern und Gemeinden überprüfen!“

Sehr geehrte Damen und Herren, auf Ihren Bildungsgipfeln 1 und 2 wurden die Mängel der Bildungseinrichtungen in dieser Stadt sachlich hervorragend dargestellt.

Diese können nur dann behoben werden, wenn nicht nur die Engagierten in dieser Stadt, sondern auch der Staat seine Hausaufgaben macht und „Dienstleister im gesellschaftlichen Interesse“ wird.

Die Frage war:

„Warum ist es notwendig, dass für die Region mehr finanzielle Mittel in den Bildungsbereich investiert werden müssen?“

Es gibt mindestens 4 Antworten:

1. Es ist viel zu teuer, es nicht zu tun.
2. Bildung bringt die höchste Rendite.
3. Ungleiches darf nicht gleich behandelt werden – Ressourcensteuerung durch Sozialindex
4. Das Ruhrgebiet ist Entwicklungslabor für präventive Sozial- und Arbeitspolitik („Modellregion“)

Gleiche und gerechte Lebensverhältnisse für alle Kinder erfordern Investitionen in die Grundsanierung des Bildungssystems - gerade jetzt, wo die Bundesbank eine „scharfe Rezession“ erwartet, ein Wirtschaftsminus von 6,2 %. Wie ist es um die Zukunft der Bildung in der Wirtschaftskrise bestellt?

„Jedes Kind zählt – Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder ist DIE zukunftsweisende Aufgabe einer vorsorgenden Gesellschaftspolitik.“

„Bildungsfinanzierung“ ist ein sehr weites Feld.

Die zahlreichen Veröffentlichungen zum Thema konnten nur „angepiekt“ werden.

Ich hoffe, holzschnittartig dargestellt zu haben, „wo der Hase lang läuft“, bedanke mich für die Einladung, und Ihr Interesse.

Alfons Kunze

<http://www.masterplan-bildung.de/>
Masterplan-bildung@gmx.de

Kommunales Handeln in Gelsenkirchen Bildungsbenachteiligung angehen



Manfred Beck seit 2000 Beigeordneter für Kultur, Bildung, Jugend und Sport der Stadt Gelsenkirchen. Er ist darüber hinaus stellvertretender Vorsitzender des Schul- und Bildungsausschusses des Städtetages NRW.

PISA liegt im Ruhrgebiet

Die Ergebnisse der ersten PISA-Erhebung aus dem Jahr 2000 und der Folgestudien haben deutsche BildungspolitikerInnen aufgerüttelt. Der Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungschancen wurde hier eindrücklich belegt. Kindern aus so genannten bildungsferneren Milieus werden durch das deutsche Bildungssystem systematisch abgehängt. Dass dies in Regionen mit Strukturproblemen – wie im Osten der Republik oder im Ruhrgebiet – besonders deutlich wird, liegt auf der Hand.

Der Deutsche Städtetag und die Lehrerverbände haben vorgeschlagen, als Gegenmaßnahmen auch die Schulstrukturen in NRW zu reformieren, doch die Landesregierung bleibt beratungsresistent. Siehe beispielsweise die „Aachener Erklärung“ des Deutschen Städtetags von 2007 www.staedtetag.de oder das Konzept der Allgemeinen Sekundarschule des Verbandes Bildung und Erziehung www.vbe-nrw.de.

In unserem Bundesland sind die kommunalen Handlungsmöglichkeiten daher begrenzt. Das Beispiel der Stadt Gelsenkirchen soll aufzeigen, welche Spielräume dennoch möglich sind.

Bildung „aus einer Hand“

Gelsenkirchen war bundesweit die erste Großstadt, in der die Geburt natürlicher Zeitpunkt für den Einsatz kommunaler Bildungsförderung wurde. Bereits vor Jahren wurde im Bereich vorschulischer Bildung ein komplexes System der Qualitätssicherung etabliert, die Sprach- und Mi-

grantenförderung gilt landesweit als vorbildlich. Dasselbe gilt für die Netzwerkstruktur der Offenen Ganztagschule mit ihren Qualitätsstandards, die stetig überprüft werden. Die Stützstrukturen der Jugendberufshilfe wurden mit dem staatlichen Schulamt aufgebaut und bilden in Kombination mit den Angeboten der Volkshochschule ein stabiles Netz für jene, die vom Schulsystem fallen gelassen werden.

Im Rahmen dessen, was die Landesregierung erlaubt, hat die Stadt Gelsenkirchen also längst die Grenzen klassischer Schulträgeraufgaben überschritten, um Verantwortung für Bildungskarrieren zu übernehmen. Es war deshalb nur konsequent, im Jahre 2008 die klassische Schulverwaltung aufzulösen um ein Kommunales Bildungsbüro als Steuerungsinstanz zu gründen und die Schul- und Jugendverwaltung zu einem Referat „Bildung und Erziehung“ zusammen zu führen.

Bildungsbegleitung ab der Geburt

Die Abteilung Familienförderung hat eine Präventionskette aufgebaut, die so früh wie möglich auf Bildung und Erziehung vorbereitet: Vor der Geburt wird über Geburtvorbereitungskurse informiert und Broschüren wie „Familie werden in GE“ informieren in deutscher, türkischer, arabischer und russischer Sprache. Nach der Geburt erhalten Mütter, die ihr erstes Kind zur Welt gebracht haben, einen „Begrüßungsbesuch“, der dazu motiviert erziehungsunterstützende Angebote wahrzunehmen und der ferner dem frühzeitigen Erkennen von Problemlagen dient. Bis zum Eintritt in die Kindertageseinrichtung folgen Angebote der „Gelsenkirchener Elternschule“ (Trägerverbund), offene Eltern/Kind-Treffs sowie spezielle Angebote für Migrantenfamilien (auch in türkischer und russischer Sprache) und für Alleinerziehende.

Qualität der Bildungsarbeit kommunaler Kindertagesbetreuung

Seit dem Jahre 2001 werden an den städtischen Kindertageseinrichtungen jährlich Elternbefragungen in anonymer Form durchgeführt. Der Fragebogen liegt auch in türkischer Sprache vor. Die Ergebnisse werden der Öffentlichkeit präsentiert und zur internen Qualitätssicherung genutzt.

Dem im TVÖD vereinbarten Anspruch auf Fortbildung für Beschäftigte im Erziehungsdienst wird die Stadt Gelsenkirchen durch ein eigenes Fortbildungsprogramm gerecht. Einige Angebote richten sich auch an LehrerInnen von Grundschulen.

Der Übergang von der Kita zur Grundschule wird durch enge Kooperationen der städtischen Tageseinrichtungen mit der jeweiligen Wohngebietsgrundschule erleichtert.

Ein weiteres Qualitätsmerkmal Gelsenkirchener Kitas ist die Kooperation mit den Familien. Ge-

meinsame Erziehungs- und Bildungsarbeit von Familie und Einrichtung optimiert die Ergebnisse. Dazu werden Interkulturelle Fachkräfte eingesetzt und regelmäßig Hausbesuche durchgeführt.

Sprachförderung

Die systematische Sprachförderung hatte in Gelsenkirchen ihre Wurzeln bereits vor PISA und IGLU. Im Rahmen der Stadtteilerneuerung wurden 1998 erste Angebote an Grundschulen und Kitas eingerichtet. Seit 2000 gibt es einen städtischen Haushaltsansatz für Sprachförderung im ersten Grundschulhalbjahr.

Neben den Maßnahmen des Landes zur Sprachförderung werden „Sprachcamps“ als Ferienangebote durchgeführt, die mit Theater-, Umwelt- und Zirkuspädagogik Lernen in anderer Form ermöglichen. Darüber hinaus wird eine gezielte Sprachförderung in der Grundschule fortgeführt.

Seit 2008 existiert ein verbindliches „Konzept Sprachförderung in städtischen Kindertageseinrichtungen“ das zentral koordiniert und stetig weiterentwickelt wird.

Familien mit Migrationshintergrund unterstützen

Mit den ersten Stadtteilerneuerungsprogrammen wurde durch die Regionale Arbeitsstelle (RAA), eine systematische Elternarbeit mit Migrantenfamilien in Einrichtungen und in den Wohnquartieren aufgebaut. In den Kindertageseinrichtungen mit hohem Migrantenanteil wurden „interkulturelle Fachkräfte“ (in Deutschland ausgebildete ErzieherInnen mit Migrationshintergrund) eingesetzt. LehrerInnen der Primarstufe werden im Bereich „Deutsch als Zweitsprache“ qualifiziert, über Elternseminare werden Kooperationsstrukturen entwickelt.

Für die Sekundarstufe wurde Förderunterricht für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund eingerichtet, der in 25 Schulen umgesetzt wird und rund 650 Kursplätze umfasst. Dieses Programm wird nach einer ausgelaufenen Anschubfinanzierung der Stiftung Mercator ausschließlich durch städtische Haushaltsmittel finanziert.

Ganztagsbetrieb

In Gelsenkirchen wurde flächendeckend der „Offene Ganztag“ an Grundschulen eingeführt. Zur Einbindung von Kultureinrichtungen, Künstlern und Sportvereinen, liegt die städtische Förderung weit über der landesseitigen Finanzierungsverpflichtung. Es existiert ein Netzwerk der Träger mit gemeinsamem Qualitätszirkel. Auch hier werden jährliche Elternbefragungen durchgeführt. Über eine Rahmenvereinbarung zwischen Schulaufsicht, Stadt, Schule und jeweiligem Träger wird

versucht, gemeinsam Erziehung und Bildung auf hohem Niveau zu sichern.

In der Sekundarstufe werden alle fünf Gesamtschulen, drei der sieben Hauptschulen, drei der sechs Realschulen und zwei der sieben Gymnasien als gebundene Ganztagschulen geführt.

Besondere Stützsysteme

Neben den inzwischen verbreiteten Ansätzen für Schulverweigerer (wie das EU-finanzierte Projekt „Die 2. Chance“) werden in Gelsenkirchen zwei besondere teilstationäre Einrichtungen der Hilfen zur Erziehung in Kooperation mit dem staatlichen Schulamt betrieben: Die „außerschulische Tagesbetreuung“ für Kinder mit besonderen Verhaltensauffälligkeiten, die auch als Ganztageseinrichtung der Förderschule für soziale und emotionale Entwicklung fungiert, sowie das „Fördersystem“, eine Einrichtung für „nicht beschulbare“ junge Menschen ab dem 8. Schulbesuchsjahr, die in Kleinstgruppen unterrichtet werden und sozialpädagogische Intensivbetreuung erfahren.

Fazit

Diese kurze Skizze der besonderen Bemühungen einer Großstadt im Strukturwandel soll Mut machen, das Spektrum kommunaler Handlungsmöglichkeiten auszunutzen und kreativ zu erweitern. Über den Aufbau einer systematischen Bildungsberichterstattung wird ein Controlling-system geschaffen, das die Effizienz und Effektivität unserer Maßnahmen belegen soll. Diese Form des Controllings muss auch vom Land NRW gefordert werden! Das fünfgliedrige Schulsystem, an dem das Land krampfhaft festhält, ist erwie-sermaßen ineffektiv und verschwendet Ressourcen. Den Kommunen muss deshalb die Möglichkeit gegeben werden, Schulstrukturen mit zu gestalten.

Großdemo in Ankara für laizistischen Staat

Zehntausende Menschen haben in der türkischen Hauptstadt Ankara für die Trennung von Religion und Staat demonstriert. Fernsehsendern zufolge gingen mehr als 150.000 Menschen auf die Straße, nach Angaben der Veranstalter waren es sogar rund 300.000.

„Die Türkei ist laizistisch, und sie bleibt laizistisch“, riefen die Demonstranten, die sich auf einem Platz in der Innenstadt versammelten. Rund 4000 Polizisten waren im Einsatz.

Veranstaltet wurde die Kundgebung von der „Vereinigung für kemalistisches Gedankengut“. Die Or-

ganisation macht sich für das Vermächtnis von Mustafa Kemal Atatürk stark, des Gründers der modernen - und laizistischen - Türkei.

Die Demonstranten zogen zum Atatürk-Mausoleum, wo sie bereits von weiteren zehntausenden Kundgebungsteilnehmern erwartet wurden. Es handelt sich um die ersten derartigen Massenproteste seit 2007, als viele Türken in mehreren Städten des Landes gegen die Regierungspartei AKP auf die Straße gegangen waren, der sie eine schleichende Islamisierung des Landes vorwarfen.

17. Mai 2009, (sda/hesa)

Fortbildung für Lehrerräte

Am **Mittwoch, dem 11.11.2009** führt die GEW erneut eine Fortbildung für Lehrerräte durch.

Ort: Haus der Jugend,
Gabelbergerstraße 12,
45987 Gelsenkirchen

Zeit: 09:00 Uhr bis 16:00 Uhr

Lehrerräte werden von den Schulen zur Teilnahme freigestellt.

In den nächsten Wochen gehen entsprechende Hinweise und Anmeldeformulare an die Schulen in Gelsenkirchen und Gladbeck.

Höchstaltersgrenze für die Verbeamtung in NRW

Die GEW begrüßt die Entscheidung der Landesregierung, die Altersgrenze für die Verbeamtung von Lehrern zu erhöhen, hält die geplante Grenzziehung von 40 Jahren jedoch generell nicht für ausreichend. Die Gewerkschaft lässt derzeit mittels eines Rechtsgutachtens des ehemaligen Präsidenten des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen, Prof. Dr. Helmut Schnellenbach, klären, wer von den bereits im Schuldienst befindlichen angestellten Lehrkräften noch Anspruch auf Übernahme in das Beamtenverhältnis hat. Nach Einschätzung der GEW liegen bei den fünf Regierungsbezirken bis zu 6.000 Anträge von angestellten Lehrern im Schuldienst vor, die nachträglich verbeamtet werden wollen.

gew-nrw - presseinfo 29/2009

DGB gegen Pension mit 67



„Prävention vor Pension mit 67“ fordert der DGB Baden-Württemberg angesichts der Pläne der Landesregierung, das Pensionseintrittsalter zu erhöhen. Dieses Vorhaben lehnt der DGB ausdrücklich ab. Er tritt dafür ein, dass Beamtinnen und

Beamte gesund und aktiv das heutige Pensionsalter von 65 Jahren erreichen. Das schone auch die Versorgungskasse. Land und insbesondere Finanzminister blieben jedoch eine Antwort schuldig, wie sie Beamtinnen und Beamte länger gesund im Dienst halten wollen, kritisiert der DGB. Eine Erhöhung des Pensionseintrittsalters auf 67 Jahre stelle ein klares Kürzungsprogramm dar. „Haushaltskonsolidierung und Nullverschuldung dürfen nicht dazu führen, dass eine Gruppe die Suppe auslöffeln muss“, betont der DGB. Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU) stehe im Wort, die Dienstrechtsreform nicht zur Haushaltskonsolidierung zu nutzen. Der DGB warnt außerdem, dass die längere Lebensarbeitszeit für Ältere Arbeitsplätze für Jüngere vernichte, da weniger Nachwuchskräfte eingestellt würden.

DGB BEAMTEN-MAGAZIN 6/09

Erkennen und behandeln

Größtes Brustkrebs-Spezialzentrum in Hamburg

Hamburg bekommt das nach eigenen Angaben deutschlandweit größte Spezialzentrum zur Erkennung und Behandlung von Brustkrebs. Dazu wurden das Mammazentrum Hamburg am Krankenhaus Jerusalem und das Brustzentrum des Diakonie-Klinikums Hamburg (DKH) zum 1. Januar 2009 Partner. Die neue Einrichtung komme auf rund 2.000 Brustkrebsoperationen im Jahr und stehe damit bundesweit an erster Stelle, teilten die Partner mit.

Die Konzentration verschiedener Fachdisziplinen wie Diagnostik, Operation und Strahlentherapie auf einen Standort entspreche der Forderung internationaler Expertengremien und der Deutschen Krebsgesellschaft nach hoch spezialisierten Organzentren für die Krebsbehandlung. Das überregionale Angebot richte sich an Patientinnen aller Kassen. Im Rahmen einer Teilnahme an wissenschaftlichen Studien würden auch innovative und gesicherte Therapien bei Brustkrebs angeboten. Als Beispiel nannte das Zentrum die intraoperative Strahlentherapie – dabei wird bereits während der Operation der unmittelbare Bereich des Tumors bestrahlt. Damit nehme Hamburg bundesweit eine Vorreiterrolle ein.

dpa

INFOBRIEF

Brustklinik im Krankenhaus Jerusalem, Moorkamp 2 – 6, 20357 HaMBURG; Telefon (040) 44190-500, Fax (040) 44190-504, info@mamzentrum-hamburg.de
Brustzentrum Diakonie-Klinikum Hamburg (DKH), Hohe Weide 17, 20259 Hamburg, Telefon (040) 490660, www.d-k-h.de

Neuer Vorstand in Gladbeck

Am 8. Juni 2009 fand in Gladbeck eine Wahlversammlung statt, in der der neue Ortsverbandsvorstand gewählt wurde.

Leitungsteam:

Robert Stratman	02045 3933
Elfi Jonton	02361 9044144
Katharina Büker	02043 969486

Finanzen:

Waltraud Krieger	0209 3890692
------------------	--------------



Katharina Büker



Elfi Jonton



Robert Stratmann



Waltraud Krieger

Der Vorstand ist unter folgender E-Mail-Adresse erreichbar: gewvorstandgladbeck@yahoo.de

Raucher sterben eher an Grippe

Der Genuss von Tabak führt zu einer übersteigerten Immunreaktion

Dass rauchen nicht gesund ist, ist allgemein bekannt. Die Lungenärzte der Deutschen Gesellschaft für Pneumologie und Beatmungsmedizin (DGP) warnen jetzt allerdings vor weiteren Risiken: Wer dem Glimmstengel verfallen ist, muss bei einer Grippe mit schweren Auswirkungen und Komplikationen rechnen als Nicht-Raucher. Die Ge-

fahr, an einer Infektion zu sterben, ist ebenfalls erhöht.

14 Tage lang mussten Mäuse den Rauch von zwei Zigaretten einatmen und wurden dann mit Bestandteilen von Grippe-Viren konfrontiert. Gut getan hat ihnen das nicht. In den Lungen der Nager kann es zu besonders heftigen Entzündungsprozessen mit gravierender Zerstörung ihrer Lungenbläschen.

„Durch den Tabakrauch kommt es offenbar zu einer unkontrollierten, übersteigerten Immunreaktion bei der Abwehr der Influenza-Viren“, erklärt Prof. Dr. med. Bernd Schönhofer, Chefarzt am Krankenhaus Oststadt-Heidehaus in Hannover. Wer regelmäßig raucht, riskiert, dass sein Immunsystem bei der Erregerabwehr entgleist, was das Risiko von schweren Komplikationen wie einer Lungen- oder Herzbeutelentzündung und damit eines tödlichen Verlaufs steigert. „Das Immunsystem von Rauchern verhält sich so, als ob es zu einem Vorschlaghammer anstelle einer Fliegenklatsche greifen würde, um ein Insekt zu vertreiben, sagt Schönhuber.

Während Ältere und chronisch Kranke aufgrund ihres schwächer werdenden Immunsystems durch Influenza-Viren stärker gefährdet sind, wird bei Rauchern die Immunabwehr also unkontrolliert und unverhältnismäßig stark angefacht.

ing

Schon in der Antike bekannt

Wissenschaftler der Julius-Maximilians-Universität Würzburg haben den Fenchel zur „Arzneipflanze des Jahres 2009“ gewählt.

Fenchel gehört zu den schon seit dem Altertum bekannten Gemüse- und Heilpflanzen. Die Griechen und Römer schätzten Fenchel ebenso wie die Hochkulturen des alten Ägyptens und Chinas. In Deutschland schrieb im 9. Jahrhundert erstmals Walahfrid Strabo, ein Abt des Klosters Reichenau am Bodensee, über die Heilwirkungen der Pflanze: Mit Wein oder Ziegenmilch getrunken, soll der Fenchel eine allzu träge Verdauung verbessern und bei Husten hilfreich sein. Damit lag er damals schon richtig.

Fenchel bindet Gift- und Fettstoffe im Darm und wird medizinisch gegen Verdauungsprobleme wie etwa leichte Magen-Darm-Beschwerden, Völlegefühl oder auch bei Entzündungen von Hals und Rachen angewendet. Die Pflanze spielt in der Kinderheilkunde eine große Rolle. Tees oder speziell für Säuglinge hergestellte Produkte mit Fenchelanteil gelten als besonders bekömmlich.

Verwerten lassen sich alle Pflanzenteile: die fleischigen Knollen in der Küche, die Früchte und die Wurzel in der Heilkunde, als Tee oder Bestandteil von Hustensäften. Fenchel gehört wie Dill, Anis, Kümmel oder auch Liebstöckel zur Familie der Doldenblütler. Die offen liegenden kleinen gelben Blüten werden gerne von Insekten besucht. Die Wildform des Fenchels stammt aus der Mittelmeerregion.



Beliebt in der Heilkunde und in der Küche: Fenchel. Jetzt wurde der Doldenblütler zur Arzneipflanze des Jahres gekürt.
Foto: Martin Bauer GmbH

Heute werden Gemüse- Süß- und Bitterfenchel unterschieden. Die Samen des Süß-Fenchels finden als anis-ähnliches Gewürz Verwendung, aus Bitterfenchel werden Fenchelöl-Arzneien gemacht, Gemüsefenchel wird zu leckeren Speisen verarbeitet. Das Gemüse ist ein gesunder und aromatischer Genuss. In der Knolle steckt doppelt so viel Vitamin C wie in Orangen. Zudem liefert Fenchel Folsäure, Eisen, Kalzium und Magnesium. Fenchel wird in vielen Rezepten der mediterranen Küche verwendet. Im Garten benötigt der frostempfindliche Fenchel einen warmen, vollsonnigen Standort und einen nährstoffreichen, feuchten Boden. Als Partner im Gartenbeet sind Gurken und Salat gut geeignet. Die krautige Pflanze riecht würzig und kann zwischen 40 und 200 Zentimetern hoch werden.

Pet

ver.di fordert höhere Gehälter per Resolution

Höhere Beamtengehälter und mehr Beteiligungsrechte für Gewerkschaften verlangt die Berliner ver.di-Beamtenkonferenz in einer Resolution an Senat und Abgeordnetenhaus. Die Delegierten forderten, die Bezüge der Beamtinnen, Beamten und Versorgungsempfänger/innen zum 1. Juni um monatlich 65 Euro zu erhöhen und damit einen ersten Schritt zur Anpassung an das Bezahlungsniveau des Bundes und anderer Länder zu machen. Die Ergebnisse für den Tarifbereich müssten wirkungsgleich übertragen werden, betonte der Vorsitzende des Landesbezirksbeamtenausschusses Uwe

Januszewski. „Der Beitrag der Beamten zur Haushaltskonsolidierung darf nicht über Ende 2009 hinaus fortgesetzt werden.“ Berlin sei das Schlusslicht bei der Bezahlung in der Republik, heißt es in der Resolution. Der Senat solle auch endlich echte Beteiligungsrechte für Beamtinnen und Beamte schaffen und mit den DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes Vereinbarungen zu Fragen der Arbeits- und Bezahlungsbedingungen abschließen.

DGB BEAMTEN-MAGAZIN 6/09

GEW. Wir machen Schule.

2009/2010

	August				September				Oktober							
Montag	3	10	17	24	31	7	14	21	28	5	12	19	26			
Dienstag	4	11	18	25		1	8	15	22	29	6	13	20	27		
Mittwoch	5	12	19	26		2	9	16	23	30	7	14	21	28		
Donnerstag	6	13	20	27		3	10	17	24		1	8	15	22	29	
Freitag	7	14	21	28		4	11	18	25		2	9	16	23	30	
Samstag	1	8	15	22	29		5	12	19	26		3	10	17	24	31
Sonntag	2	9	16	23	30		6	13	20	27		4	11	18	25	
Woche	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44		

	November				Dezember				Januar							
Montag	2	9	16	23	30		7	14	21	28		4	11	18	25	
Dienstag	3	10	17	24		1	8	15	22	29		5	12	19	26	
Mittwoch	4	11	18	25		2	9	16	23	30		6	13	20	27	
Donnerstag	5	12	19	26		3	10	17	24	31		7	14	21	28	
Freitag	6	13	20	27		4	11	18	25		1	8	15	22	29	
Samstag	7	14	21	28		5	12	19	26		2	9	16	23	30	
Sonntag	1	8	15	22	29		6	13	20	27		3	10	17	24	31
Woche	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59

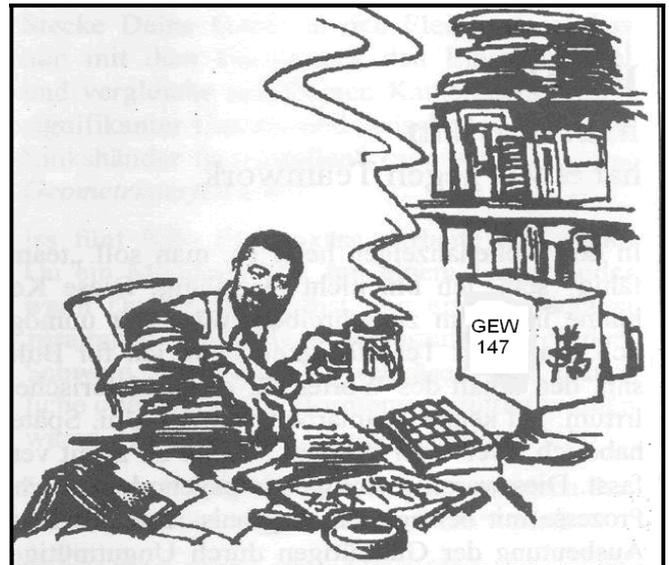
	Februar				März				April							
Montag	1	8	15	22		1	8	15	22	29		5	12	19	26	
Dienstag	2	9	16	23		2	9	16	23	30		6	13	20	27	
Mittwoch	3	10	17	24		3	10	17	24	31		7	14	21	28	
Donnerstag	4	11	18	25		4	11	18	25		1	8	15	22	29	
Freitag	5	12	19	26		5	12	19	26		2	9	16	23	30	
Samstag	6	13	20	27		6	13	20	27		3	10	17	24	31	
Sonntag	7	14	21	28		7	14	21	28		4	11	18	25		
Woche	5	6	7	8		9	10	11	12	13		13	14	15	16	17

	Mai				Juni				Juli							
Montag	3	10	17	24	31		7	14	21	28		5	12	19	26	
Dienstag	4	11	18	25		1	8	15	22	29		6	13	20	27	
Mittwoch	5	12	19	26		2	9	16	23	30		7	14	21	28	
Donnerstag	6	13	20	27		3	10	17	24		1	8	15	22	29	
Freitag	7	14	21	28		4	11	18	25		2	9	16	23	30	
Samstag	1	8	15	22	29		5	12	19	26		3	10	17	24	31
Sonntag	2	9	16	23	30		6	13	20	27		4	11	18	25	
Woche	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26		27	28	29	30	

Gesetzliche Feiertage 2009/10: Tag der Deutschen Einheit 3. Oktober, Allerheiligen 1. November, Weihnachten 25. und 26. Dezember, Neujahr 1. Januar, Karfreitag 2. April, Ostern 4. und 5. April, Maifeiertag 1. Mai, Christi Himmelfahrt 13. Mai, Pfingsten 23. und 24. Mai, Fronleichnam 3. Juni
Ende der Sommerferien: 27. August 2010

Gewerkschaft
Erziehung
und Wissenschaft

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Nordrhein-Westfalen
www.gew-nrw.de



Impressum

Herausgeber: GEW-Stadtverband Gelsenkirchen
Essener Straße 88

**Redakteur
(verantwortl.):** Karl-Heinz Mrosek

**verantwortl.
i. S. d. P.:**

Alfons Kunze GEW-Stadtverband Gelsenkirchen
Essener Straße 88
45899 Gelsenkirchen

Recht und Gesetz: Versorgungsfragen:

Das VG Karlsruhe hat am 27.04.2009 entschieden, dass Ruhestandsbeamte, die vor dem 31.12.1991 im Beamtenverhältnis standen und die teilzeitbeschäftigt waren, eine Neuberechnung ihrer Versorgungsbezüge verlangen können. Dies gilt auch für Beamte, die den Versorgungsabschlag für teilzeitbeschäftigte Beamte nicht angefochten hatten, so dass auch sie eine nachträgliche – trotz der Bestandskraft der Festsetzung der Versorgungsbezüge – Neuberechnung ihrer Versorgungsbezüge ohne Versorgungsabschlag verlangen können. Das Urteil ist nicht rechtskräftig.

Mr.

GEW-Geschäftsstelle:

Essener Straße 88

45899 Gelsenkirchen

Tel.: 0209 513759

Fax: 0209 514207

Homepage: www.gew-gelsenkirchen.de

Öffnungszeiten:

Montag und Donnerstag: 09:00 - 12:00 Uhr

Dienstag und Mittwoch: 15:00 - 18:00 Uhr

E-Mail: gew-ge@gmx.de

Stoffzentrale: Näh dir deine Burka

„Gut Aussehen und gut Fühlen – mit Stoffen und Mode zum Selbermachen!“ mit diesem Slogan wirbt die Stoffzentrale für ihre Produkte rund ums Thema Selber nähen. Auf dem Bild (Foto) zur Einstiegsseite ist der neuste Näh-Trend offen ersichtlich. Zum Selbermachen des Kopftuchs oder der Burka sind auch die passenden Materialien lieferbar, denn die Firma verspricht: „Natürlich bekommen Sie bei uns die erlesensten Stoffe der Welt.“ Hauptsache der Rubel rollt ...



Kontakt: Anne Wilhelm
Karl-Meyer-Straße 13
45894 Gelsenkirchen
Tel: 0209 135231
weltfrauenkonferenz@web.de
www.weltfrauenkonferenz.de
www.worldwomensconference.org

15. Juni 2009

Nationales Vorbereitungsteam Deutschland der Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen

Die Zeit ist reif für einen neuen Aufbruch der internationalen Frauenbewegung!

Eine Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen vom 4. - 8. März 2011 in Caracas/Venezuela – diese Idee entstand auf dem 6. Frauenpolitischen Ratsschlag 2006 in Düsseldorf mit Vertreterinnen vie-

ler Frauengruppen aus Deutschland und anderen Ländern.

Wir schrieben einen Brief an Hugo Chavez, dem Staatspräsidenten Venezuelas, denn Venezuela erschien uns das richtige Land für eine Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen zu sein. Es ist heute zu einem Symbol und Signal geworden für den Kampf um die Verteidigung der Würde der unterdrückten Völker und gegen den Imperialismus.

Basisfrauen, das sind u. a. Arbeiterinnen, Bäuerinnen, Migrantinnen, Hausfrauen, Wissenschaftlerinnen, Lehrerinnen und Künstlerinnen - alle Frauen der Welt, die sich einsetzen wollen für eine Zukunft mit wirklicher Gleichheit und Freiheit!

Die brutalen Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise wie z. B. der verheerende Abbau von Arbeitsplätzen, die zunehmende Verarmung, das unzulänglichen Bildungssystem, die zunehmende psychische und körperliche Zerrüttung großer Teile der Bevölkerung verschärfen die Lage aller Frauen der Welt – diese Entwicklung macht internationale Verbindungen, den Zusammenhalt, die Solidarität der Frauen zu einem großen Bedürfnis und einer Notwendigkeit.

Durch eine Reise nach Venezuela 2008 konnten wir Frauen des Frauenpolitischen Ratschlages den Prozess der Vorbereitung der Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen anstoßen und wichtige Unterstützerinnen gewinnen. Er ist inzwischen weiter vorangeschritten. In Lateinamerika, in Deutschland, der Schweiz und den Niederlanden bilden sich nationale Vorbereitungskomitees und Stadtfrauengruppen, ein erstes europäisches Koordinierungstreffen hat stattgefunden.

In Gelsenkirchen arbeitet der Frauenverband Courage aktiv an der Vorbereitung mit.

Wer mehr über die Weltfrauenkonferenz wissen will, kann sich auf der Homepage www.weltfrauenkonferenz.de oder bei mir informieren. Wir ermutigen alle Frauen über alle parteipolitischen Grenzen hinweg sich 2011 in Caracas zu einer Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen zu treffen und gleichzeitig in unserem Land die Frauenbewegung wieder zu stärken!





**GEWERKSCHAFT
ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT
Stadtverband Gelsenkirchen/Gladbeck**

Karl-Heinz Mrosek, Leitungsteam
Essener Straße 88, 45899 Gelsenkirchen,
Tel.: (0209) 513759 / Fax: (0209) 514207,
gew-ge@gmx.de

Karl-Heinz Mrosek, Essener Str. 88, 45899 Gelsenkirchen

An die tarifbeschäftigten
Kolleginnen und Kollegen
aus Gelsenkirchen und Gladbeck

6. Mai 2009

**Verhandlungen der GEW über einen Eingruppierungstarifvertrag
Bildung eines Angestelltenausschusses**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zunächst einmal möchte ich allen, die sich an den Tarifaueinandersetzungen im Februar beteiligt haben, recht herzlich danken. Durch den Einsatz von tarifbeschäftigten Lehrerinnen und Lehrern, Erzieherinnen und Erziehern sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern konnte ein achtsames Tarifergebnis erzielt werden.

Doch machen wir uns nichts vor. Unser Ziel, die Schere zwischen Gehältern der Angestellten und der Besoldung der Beamten zu schließen, ist noch lange nicht erreicht.

Und wir sollten uns auch nicht vormachen, dass die Streikbereitschaft in unserem Land den Durchbruch bei den Tarifverhandlungen gebracht hätte. Nein, das waren die Kolleginnen und Kollegen in den neuen Bundesländern, bei denen die Streikbeteiligung in den Schulen 50 und mehr Prozent betragen hat. Es bleibt also viel zu tun. Wir sind aber nicht erst in 1 ½ Jahren zu den nächsten Tarifverhandlungen gefragt, sondern es steht nach den Ferien die Verhandlung über einen „Eingruppierungstarifvertrag“ an. Wir sollten nicht damit rechnen, hier von den Arbeitgebern beschenkt zu werden. Auch hier ist Engagement und Kampf notwendig.

Wir haben in Gelsenkirchen aus den Tarifverhandlungen den Schluss gezogen, dass die Angestelltenarbeit vor Ort besser organisiert sein sollte. Aus diesem Grunde wollen wir auch hier in unserer Region einen **Angestelltenausschuss** gründen.

Konstituierende Sitzung

Mittwoch, 26. August 2009, Beginn: 17:00 Uhr

Ort: DGB-Haus der Jugend, Gabelsbergerstraße 12, 45879 Gelsenkirchen

Wem es ernst ist mit der Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, der sollte sich diesen Termin vormerken, der sollte zur konstituierenden Sitzung kommen und uns in dieser Frage unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Karl-Heinz Mrosek
- Leitungsteam -

PS: Reiche bitte diese Einladung an andere angestellte Kolleginnen und Kollegen, die noch nicht organisiert sind, weiter. Danke.

Das Allerletzte: VBE torpediert Verbeamtungen

In einem Erlass an den VBE stellt das MSW fest, dass „im Hinblick auf die Altersgrenze Anpassungsbedarf in der Laufbahnverordnung“ besteht; „an einer raschen Umsetzung wird derzeit intensiv gearbeitet“.

Und weiter: „Mit Ihnen bin ich der Auffassung, dass seitens der zuständigen Bezirksregierungen über diese Anträge erst nach der bevorstehenden Neuregelung entschieden wird.“ – Ohne diesen den Bezirksregierungen als Meinung des MSW zugegangenen Erlass hätte die BR Düsseldorf die ausstehenden Verfahren positiv entschieden!
Mr.